

300

10.000 Punkte ☐ 2

36 Punkte

15 P.

4500 P.

45,-

10,-

55

Pol. Ag.

50,-

Kolleg

Zusammenlage, bitte 1/2 Fol.

24

24

info

Studenten
beratung

NR. 11

Bochum, im Januar 1981

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Studenten-
berater in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West).
Postanschrift: Gerhard Zacharias, Am Barkhof 6, 2800 Bremen 1.

Redaktionsanschrift:

Studienbüro der RUB, Universitätsstr. 150, 4630 Bochum 1.

Redaktion und Druck:

Günter Rietbrock, Dieter Parsiegla (Studienbüro Bochum)
H. J. Schmidt (Studienberatung FH Darmstadt).

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Editorial	2
Mitteilungen	4
- Protokoll der Darmstädter Tagung, Plenum	9
- Protokoll der Darmstädter Tagung, Arbeitsgruppe 1	11
- Protokoll der Darmstädter Tagung, Arbeitsgruppe 3	15
- Kooperation der Studienberatungsstellen in Berlin	16
- Grundmerkmale der Studentenberatung, Papier der ArGe-NW	19
- (fast) alles schon mal dagewesen . . .	21
Diskussionsforum	21
- Diskussionspapier zur Struktur und Weiterentwicklung der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft	38
- "Bilder ordnen": Neuer Test für Studienberater	42
Institutionelle Probleme	42
- Vorspann	43
- Psychotherapeutische Beratungsstelle - PBS Heidelberg	52
- Gewerkschaftliche Stellungnahme zur ZSB Münster	57
- Stellungnahme der ArGe-NW	59
Fortbildung	59
- Programm der Bremer Fachtagung der ARGE vom 25. - 28. 2. 1981	63
- Stellungnahme zur Fort- und Weiterbildung der ArGe-NW	64
- Studienberatung - literarisch!	67
Vermischtes	67
- Stellenanzeigen	69
- Termine	70
- Aufgelesen	71
- Jeder hat seine Chance	

EDITORIAL

Aus Zielsetzung und Struktur der ARGE, deren Organ das Info ist, ergeben sich auch wichtige Festlegungen für den Produktionsprozeß des Infos. Wie die ARGE selbst, ist auch das Info die Bündelung dezentraler Aktivitäten, ein Kommunikationsmedium für uns Berater. Das bedeutet: Alle können ohne große Formalitäten etwas einbringen (das ist der Vorteil) und alle müssen auch Teilaufgaben übernehmen (das erfordert Querkontakte und informelle Absprachen).

Die Existenz einer Zentralredaktion verändert diese Struktur nicht. Um die Redaktion nicht mit unendlicher Kleinarbeit lahmzulegen (wir haben keinen Lektor!), ist es erforderlich, im Prinzip druckfertige Texte (die auch technisch reproduzierbar sind) vorzulegen.

Zur Strukturierung des Infos schlagen wir folgende Kategorien vor, die je nach eingehenden Beiträgen zu modifizieren sind:

Editorial der Zentralredaktion

1. Mitteilungen
(aus der Arbeit der ARGE und einzelner Beratungsstellen)
2. Diskussionsforum
3. Institutionelle Probleme
4. Fortbildung
(im Rahmen der ARGE und außerhalb sowie politische Stellungnahmen zu diesem Bereich)
5. Vermischtes
(Anzeigen, Bekanntmachungen, Materialien).

Der Stellenwert, den das Info auf diesem Hintergrund und in dieser Struktur haben kann, läßt sich aus unserer Sicht wie folgt beschreiben:

1. Das Info dient dem Austausch von Informationen unterschiedlicher Art und kann von allen Kollegen als Transportmittel genutzt werden,
z. B. zum Austausch von Adressen, Terminen, Stellenausschreibungen; zum Bekanntmachen von Medien (Dia-Tonschau oder Videofilme aus der Informationsberatung, Studienführer) oder tauschfähige Arbeitsmaterialien.

Dabei handelt es sich um relativ schlichte Dinge, die dennoch zur Vereinfachung und Verbesserung der Beratungsarbeit beitragen können.

2. Wünschenswert wäre eine verstärkte Nutzung des Infos zur Verbreitung inhaltlicher Beiträge einzelner Kollegen. So können konzeptionelle Vorstellungen oder Reflexionen der eigenen Arbeit, die sich aus Einzelprojekten oder der Alltagsarbeit ergeben, zur Diskussion gestellt und für die Arbeit auch anderer Beratungsstellen fruchtbar gemacht werden.

Je nach Nutzung dieser Möglichkeiten wäre die Frage nach der Erscheinungshäufigkeit und (daraus sich ergebend) der Termine für den Redaktionsschluß der einzelnen Nummern neu zu klären.

Bochum, im Januar 1981

Die Redaktion

Protokoll der Plenarsitzungen der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik und Berlin (West)
"ARGE" - Herbsttagung 1980 vom 17. September bis 20. September in Darmstadt -

Mittwoch 17.9.1980

Das erste Treffen der Tagungsteilnehmer - das sogenannte "Warming up" - fand am Mittwochabend in der Gaststätte "Zum goldenen Anker" statt und diente zum Gedankenaustausch sowie zu Vorgesprächen für die geplanten Arbeitsgruppen. An ihm nahmen ca. 50 Kollegen/innen teil. Das Lösen kleiner organisatorischer Probleme, vor allem die Zimmersuche "in letzter Minute", war von der Organisatorensseite her die Hauptbetätigung.

Für zukünftige Tagungen sei den Kollegen empfohlen, sich rechtzeitig um eine Unterkunft zu bemühen.

Donnerstag 18.9.1980

- a) Das Tagungsbüro war Anlaufpunkt der Teilnehmer, um sich anzumelden und Informationsmaterial entgegenzunehmen.
- b) Im Anschluß erfolgte die Begrüßung einschließlich einiger organisatorischer Hinweise zum Programmablauf u.ä. sowie die Vorstellung der einzelnen Arbeitsgemeinschaften:

- AG 1: "Strukturelle Probleme in Beratungsstellen", dargestellt an einem Planspiel: Stellenbesetzung (Leiterfunktion) in der Studienberatung; vorbereitet und begleitet von Chr. Reitzner und Gerhard Schweizer (ZSB Tübingen).
- AG 2: "Beratung an Fachhochschulen" als Fortsetzung der Thematik von Münster, hier Schwerpunkt: Konkretisierungsphase, vorbereitet und moderiert von Tim Kunstreich (FH-Hamburg) und H.J. Schmidt (FH-Darmstadt).
- AG 3: Möglichkeiten des "Medieneinsatzes in Beratungsstellen" lautete das Thema, das Gerhard Lotze (ZSB Oldenburg) und Bruno Zimmermann (ZSB Freiburg) vorbereiteten und begleiteten.

- AG 4: "Alternative Beratungsmethoden" als Thema hatte Carmen Unhold anstelle von Wilhelm Naber (ZSB Bielefeld) vorbereitet.
- AG 5: Diese Arbeitsgruppe mit dem Thema "Schwierige Situationen zwischen Beratung und Therapie" mußte leider ausfallen, weil der Moderator Leszcynski (ZSB Oldenburg) verhindert war.
- AG 6: Peter Schott-Milde (ZSB Münster) hatte ersatzweise für J. Bock (U Münster) H. von Lieven (TUB) die Vorbereitung dieser Arbeitsgruppe mit dem Thema "Selbsthilfegruppen in der Studien- und Studentenberatung" übernommen.

- c) Die Arbeitsgruppen fanden am Donnerstag ganztätig statt.
- d) Gegen Abend des Donnerstags begrüßten im Rahmen eines Empfangs mit kaltem Büffet in der neuen Mensa-Lichtwiese der Geschäftsführer des Darmstädter Studentenwerks, Herr Dr. Schwarz als Hausherr und Gastgeber, der Vizepräsident der THD, Herr Prof. Dr. Krabs und der Rektor der Fachhochschule Darmstadt, Herr Prof. Dr. Zubrod, die Tagungsteilnehmer. In kurzen Ansprachen gingen sie auf Teilaspekte von Studienberatung ein und begrüßten u.a. die Initiative der ARGE, in Eigenregie Fortbildungsmaßnahmen zu organisieren.

Freitag 19.9.1980

In Abänderung des Programms wurden am Vormittag die Arbeitsgruppen weitergeführt; die vorgesehene Plenarveranstaltung wurde auf den Nachmittag verschoben.

Nach der Mittagspause stellte Christiane Palm (Bremen) einen selbstgefertigten Videofilm zum Thema: "Arbeits-schwierigkeiten" vor. Dieser erste Versuch, Problembereiche in der Beratung mittels Medium Videofilm zu visualisieren, wurde von den Zuschauern als sehr gelungen bezeichnet.

Sodann richtete Dr. Grunwald vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft Bonn ein Grußwort an das Plenum. Dabei nahm er Stellung zu Fragen aus dem Plenum; zum Verhältnis zur WRK, zu Vorgängen in Nordrhein-Westfalen (Zeitstellen - versus Dauerstellen) und zwei Anfragen

im Deutschen Bundestag betreffend behinderte Studenten und Verhältnis Berufsberatung zu Studienberatung an den Hochschulen.

Nach einer Einführung von G. Zacharias in das - von der in Münster eingesetzten Arbeitsgruppe - vorgelegte Strukturpapier bildete das Plenum drei Diskussionsgruppen, die sich im Grundsätzlichen mit der Vorlage beschäftigen sollten. Die gemeinsame abschließende Diskussion der Vorlage wurde für das Abschluß-Plenum beschlossen.

Für das am Abend stattfindende Gemeinsame Treffen im Schloßkeller hatten die Organisatoren ein kleines Programm vorbereitet: eine chilenische Folkloregruppe aus Frankfurt eröffnete den Abend mit Gesang und Musik, eine türkische Studentengruppe hatte mehrere Spezialitäten vorbereitet und Mitglieder des Schauspielstudios Darmstadt karikierten in mehreren Szenen "Studienberater in Aktion", (vielleicht konnte sich der eine oder andere do-rt wiederfinden und trotzdem lachen); leider kamen viele Kollegen spät.

Samstag 20.9.1980

1. Zu der DSW - Tagung zum Problem psychotherapeutische Beratung wurde Peter Schott (Münster) als ARGE - Vertreter benannt.
2. Berichte über aktuelle Entwicklungen in Beratungsstellen
 - PSB Heidelberg

Die seit längerer Zeit ausgetragene Auseinandersetzung zwischen der Leitung des Studentenwerks und dem Kollegen Eberhard Fuhrmann ist - leider unbefriedigend - abgeschlossen. Schon in Münster verurteilte die ARGE, daß die Leitung des Studentenwerkes inhaltliche Kontrollen durch eine Kündigung zu lösen versucht. In einem vom Plenum verabschiedeten Brief wurde damals das Studentenwerk gebeten, die Kündigung zurückzunehmen. Diese Bitte wertete der Leiter als einen Versuch, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen und sah dies als einen weiteren Grund für die Entlassung an.

Im Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Entlassung gewann Kollege Fuhrmann in erster Instanz. Diese Entscheidung hat der Arbeitgeber nicht anerkannt. In zweiter Instanz wurde ein Vergleich geschlossen. Eberhard Fuhrmann hat zum Ende Juni 80 selbst gekündigt.

- PSB Darmstadt

Die Streichung einer halben Stelle steht zur Diskussion. Nähere Informationen sind z.Zt. nicht zugänglich.

- ZSB Münster

Der Modellversuch läuft Ende 80 aus. Die Weiterbeschäftigung aller Mitarbeiter kann nicht gewährleistet werden, weil die Universität die dafür erforderlichen Mittel nicht rechtzeitig beantragte. Konkret bedeutet dies, daß 4 von 10 Beratern zum Jahresende ausscheiden müssen. Auf lokaler Ebene ist die Unterstützung groß (Asta, ÖTV, GEW, DGB, psychosozialer Arbeitskreis), fraglich bleibt jedoch, ob diese Maßnahmen eine positive Veränderung bewirken können. Die ARGE unterstützt die Resolution, die bei der letzten Tagung des NRW - Arbeitskreises Studentenberatung verabschiedet wurde (im Plenum von Peter Schott vorgelesen).

Da aus einigen Stellen bekannt wurde, daß Dienstreiseanträge zur ARGE-Tagung mit unterschiedlicher Begründung abgelehnt wurden, soll sich eine Arbeitsgruppe mit diesem Problem befassen (Kontaktperson: Jürgen Böker, Darmstadt).

3. Diskussionen über die Organisationsstruktur der ARGE

Die bereits am Vortag zur Diskussion dieses Problembereichs zusammengetretenen Arbeitsgruppen berichteten über die angeführten unterschiedlichen Argumente. In allen 3 Gruppen wurde dahingehend diskutiert, daß sich die ARGE zunächst nicht als eingeschriebener Verein konstituieren solle, u.a. weil die bisherige Organisationsform wesentlicher Bestandteil der engagierten und kontinuierlichen Arbeitsweise der ARGE geworden ist. Durch eine Festlegung der Arbeitsweisen und Inhalte der Arbeit und durch eine - noch näher zu bestimmende - innerorganisatorische Gliederung soll jedoch ein hoher Verbindlichkeitsgrad in der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft sichergestellt werden.

Diese Vorstellungen fanden im Plenum Konsens.

Die anschließende Diskussion konzentrierte sich folgerichtig auf die in dem zur Tagung vorgelegten "Entwurf einer Satzung der ARGE" im § 2 formulierten Ziel. Der aufgeführte Ziele-Katalog wurde mit einigen Korrekturen angenommen (G. Zacharias wird die korrigierte Fassung allen Beratungsstellen zuschicken).

4. Zu der im § 2, Abs. 2 festgelegten Herausgabe eines Info's wurde beschlossen:

Das Studienbüro Bochum übernimmt die Zentralredaktion übergangsweise, später Berlin.

Die regionale Info-Betreuung übernehmen Kollegen aus den jeweiligen Bundesländern. (Die Adressenliste befindet sich auf der 2. Umschlagseite. Die Redaktion)

5. Als vorläufiges Organ der ARGE wurde ein Sprecherrat gewählt. Die drei Sprecher bis zur nächsten Tagung im Frühjahr 1981 sind:

Gerhard Zacharias, Christiane Palm (Bremen)
und Bruno Zimmermann (Freiburg)

Vom Sprecherrat wird ein Papier verschickt, in dem diese neue Organisationsform der ARGE allen Studentenberatungsstellen mitgeteilt wird. Es wird von ihm eine Kontaktperson benannt, die Änderungsvorschläge zum Strukturpapier entgegennimmt und zusammenstellt.

6. Zur Beteiligung von ARGE - Vertretern in der WRK - AG - Studienberatung wurde beschlossen, daß nur in Abstimmung mit dem Sprecherrat Kollegen als Vertreter der ARGE dort mitarbeiten sollen.

7. Als Tagungsort für die ARGE - Treffen im Frühjahr wurde Bremen festgelegt. Als Termin der 25. - 28. 2. 1981.

Die Arbeitsgruppen und Moderatoren wurden festgelegt. Das komplette Programm steht in der Rubrik "Fortbildung" (S.).

Arbeitsgemeinschaft der Studienberater

Protokoll AG 1

Darmstadt, September 1980

"Strukturelle Probleme einer Beratungsstelle"

Moderatoren: Gerhard Schweizer - Christian Reitzner, Tübingen

In dieser Arbeitsgruppe wurde mit Hilfe eines Planspiels versucht, organisatorische, hierarchische, emotionale, Gruppendynamische Probleme, die in einer Studienberatungsstelle auftreten, zu bearbeiten. Außerdem wurde zu der Problematik von den Moderatoren eine umfangreiche Materialsammlung zur Verfügung gestellt.

Das Planspiel ging von der Situation einer Zentralen Studienberatungsstelle aus; folgende Konstellation bildet den Aufhänger:

Die Leiterstelle einer Zentralen Studienberatungsstelle ist neu zu besetzen. Die Ausschreibung ist bereits erfolgt. Die Stelle ist seit neun Monaten vakant. In der Zwischenzeit hat ein Mitglied des Teams die kommissarische Leitung übernommen. Die Entscheidung über die Stellenbesetzung trifft ein Gremium.

Den zwölf Mitgliedern der AG standen folgende Rollen zur Wahl:

Regierungsdirektor im Landesministerium für Bildung und Wissenschaft
Kanzler der Universität
Persönlicher Referent des Kanzlers
Akademischer Vertreter
Studentischer Vertreter
Studienberater (drei)
Sekretärin der Beratungsstelle
Bewerber (drei)

Den Moderatoren oblag die Spielleitung.

Die Teilnehmer erhielten außer der Beschreibung der Situation (s. o.) jeder eine kurze Charakterisierung seiner gewählten Rolle. Die weitere Strukturierung des Spiels blieb dann den Teilnehmern überlassen. Die Spielleiter sollten über alle Aktivitäten informiert werden.

Das Spiel dauerte von ca. 10.30 bis 18.30 Uhr. Am darauffolgenden Tag fand die ausführliche Auswertung statt, die als wesentlicher Bestandteil des Planspiels gelten muß.

Den genauen Ablauf des Planspiels zu schildern, würde den Rahmen eines Protokolls sprengen; vor allem aber läßt sich, wie in der Realität auch, nur schwerlich nachvollziehen, welche Handlungsabläufe, Kommunikationswege und innere Prozesse bei und zwischen den Teilnehmern stattfinden. Festzuhalten ist jedoch, daß wir in dem Planspiel intensivere Erfahrungen und überraschende Entdeckungen mit unserem Verhalten, Reagieren und Kommunizieren machten als in einer rein verbal-kognitiven Diskussion möglich wäre. Diese Erfahrungen mit dem eigenen Verhalten in einer bestimmten Rolle und der Einfluß dieses Verhaltens auf die Situation in einer Beratungsstelle lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- ungleicher Informationsstand der Kollegen schafft fast automatisch Konflikte
- keiner der Beteiligten versuchte die fehlende Information sorgfältig nachzutragen; reagierten eher aggressiv, trotzig, resigniert
- keiner gibt Fehler zu, alle ergreifen Vorwärtsstrategie, beschuldigen eher andere

- diejenigen, die ihren Standpunkt sehr entschieden vertreten, setzen sich durch und schaffen damit Fakten ("Frechheit siegt!")
- in Konflikten lassen sich Enttäuschungen mit nahen Bezugspersonen (Kollegen z. B.) viel schwerer verschmerzen als mit entfernteren (Kanzler)
- jeder braucht sehr viel Bestätigung für seine Handlungen, Leistungen etc; alle sind sehr anfällig für Beifall von "oben" (siehe autoritärer Charakter). Schulterklopfen von oben läßt feste Positionen weich werden - muß die Bestätigung unbedingt von oben kommen??
- Konflikte in der Binnenstruktur der Beratungsstelle lähmen die Handlungsfähigkeit nach außen
- sich wehren, sich aktiv durchsetzen macht viel mehr Spaß als passiv und abwartend auf den Rückzug gerichtet sein.

In der AG 1 waren Studienberater sehr unterschiedlicher Ausbildung aus Studienberatungs- wie aus psychotherapeutisch arbeitenden Stellen. Nach der gemeinsamen Einschätzung betrafen die angesprochenen strukturellen Probleme sie jedoch alle in vergleichbarer Weise.

Zur Fortsetzung und Ergänzung wurde als notwendig angesehen, jetzt ein Fallbeispiel zu erarbeiten, das gezielt Probleme der Binnenstruktur sichtbar und erlebbar macht, also Berater (und die Klienten?) stärker in den Mittelpunkt rückt. Dazu wurde von den Teilnehmern die Fortsetzung der AG im Frühjahr gewünscht.

Christiane Palm, Bremen

Arbeitsgruppe 3: Medieneinsatz in den Beratungsstellen

Die Arbeitsgruppe 3 "Medieneinsatz in den Beratungsstellen" knüpfte an die bei der Münsteraner Tagung durchgeführte Arbeitsgruppe zum gleichen Themenbereich an, wies aber eine in sich geschlossene Struktur auf, wodurch sie auch Interessen offenstand, die sich erstmals mit der Frage des Medieneinsatzes in Beratungsstellen beschäftigen wollten.

Dem Arbeitsgruppenprogramm lagen die theoretischen Grundlagen und Zielsetzungen des soziodramatischen Mitspieltheaters zu Grunde, das versucht, den Lernprozeß der Zuschauer dadurch in Gang zu setzen, daß sie als Handelnde in das Stück einbezogen werden. Dabei soll das Geschehen im Erfahrungsbereich der Zuschauer liegen und deren gegenwärtige Situation möglichst realistisch in den Spielverlauf eingehen können. Die Zuschauer spielen mit, ihre Reaktionen auf das Geschehen entfalten, wenden, verzögern das Spiel im Rahmen eines vorgegebenen Handlungsgerüsts.

Ausgangssituation der konkreten Arbeit war eine als Rollenspiel gestaltete Gruppenberatung, bei der sich eine Gruppe von sechs Schülern mit unterschiedlichem Informationsniveau und divergierenden Studien- und Berufsinteressen im Rahmen der "Schülerinformationstage" ("Tag der offenen Tür") von mehreren Beratern verschiedener Einrichtungen über studien- und berufskundliche Fragen informieren und beraten lassen wollte.

Folgende Ratsuchende und Berater waren dabei vorgegeben:

- a) Ratsuchende:
1. Schüler: Kaum informiert, unschlüssig/diffus, "neuer Sozialisationstyp", "hat Bock, mal was Psychisches zu machen"
 2. Schüler: Zielstrebigster Karrieretyp mit klaren Berufsvorstellungen (Übernahme der väterlichen Privatpraxis), gut informiert über Studienbedingungen, hochnäsiger Leistungstyp, der "endlich mal gefordert werden will und was leisten möchte"
 3. Schüler: Relativ gut informiert, sozial engagiert, will Psychologie studieren, um später "Menschen zu helfen"; Interessenschwerpunkte: Freud, Reich und Psychoanalyse
 4. Schüler: Hat eigentlich keine oder nur unklare Studieninteressen, will "aber eventuell Psychologie machen, da er mit einem Notenschnitt von 2,0

keinen Studienplatz in Medizin erhält und Lehrer sowieso keine Berufschancen haben", Orientierung: Berufliche Sicherheit, kaum informiert, starke Ängste vor Klausuren/Prüfungen

5. Schüler: Will später in der Drogenberatung arbeiten, weiß aber noch nicht, ob als Psychologe oder als Sozialpädagoge; nur unklare Vorstellungen über Psychologiestudium, meint, durch Psychologie sich selbst "besser erkennen und in Griff bekommen zu können"
6. Schüler: Kennt 1. Schüler und ist seinetwegen und aus dem Grund mitgekommen, weil er sich eigentlich noch keine Gedanken gemacht hat, ob und was er studieren und später mal werden möchte, will "aber etwas mitnehmen" und "klarere Perspektive bekommen".

b) Berater:

1. Studienberater (Jeanstyp, direkt, eher emotional agierend).
2. Studienberater (kognitiv/informativ/cool-distanziert)
Berufsberater (arbeitsmarktorientiert)
Lehrender der Psychologie (naturwissenschaftlich orientierter Leistungstyp)
Fachschaftsvertreter ("links-progressiv", antiautoritär)

Das Informations- und Beratungsgespräch wurde von Projektteilnehmern beobachtet, die ein hochschuldidaktisches Eingangsmodell für den Studiengang Psychologie auf der Basis einer Auswertung dieses Beratungsgesprächs entwickeln wollen und dabei überlegen, für welche Themen- und Problembereiche Videofilme oder andere Medien als "Diskussionsanreger" entwickelt werden können, um Informationen, Erfahrungen und mögliche Konflikt- und Problemsituationen im Hochschulbereich plastischer zu vermitteln und die Ratsuchenden innerhalb der Beratung stärker zu aktivieren. Neben dieser Hauptaufgabe sollten die Projektteilnehmer als "Supervisionsgruppe" das Beratungsverhalten beobachten, "typische Szenen und Verhaltensmuster" über Video aufnehmen und mit allen Teilnehmern am Schluß der Sitzung diese Szenen diskutieren.

An eine Eröffnungsphase (1. Studienberater und Fachschaftsvertreter führten Vorgespräch mit 3. und 5. Schüler, die zehn Minuten früher gekommen waren; nach und nach erschienen die anderen Mitspieler im inneren Spielkreis; Beobachtergruppe blieb im äußeren Spielkreis) schloß sich die 1. Spielphase an, in der die Ratsuchenden

die verschiedenen Berater mit ihren unterschiedlichen Fragen und Interessen konfrontierten.

An diese Spielphase schloß sich eine Reflexionsphase an, die zum einen der Analyse des Spielverlaufes diente, wobei auch die Beobachtergruppe ihre Wahrnehmungen einbrachte; zum anderen wurde auch darüber diskutiert, welche der im Rollenspiel angesprochenen Problem- und Themenbereiche sich für Videoproduktionen eignen, die dann in der Beratung eingesetzt werden können. In einer Arbeitsphase in kleinen Unterarbeitsgruppen wurden dann am Nachmittag Drehbücher bzw. kürzere Videofilme zu folgenden Themen erstellt:

- Unterschied zwischen den Erwartungen von Schülern / Studenten und der Hochschulrealität
- Zugangsvoraussetzungen zum Hochschulstudium
- Studieren wozu? (Zu diesem Thema wurden zwei Videospots erstellt)
- Entfremdung und Anonymität an der Hochschule

Am nächsten Vormittag wurde die Arbeit im Arbeitsgruppenplenum mit der 2. Spielphase fortgesetzt. Dabei wurde das Rollenspiel vom Beginn der Arbeitsgruppenarbeit mit vertauschten Rollen wiederholt, wobei sich die Teilnehmer aber darauf verständigten, den ratsuchenden Schülern nicht Berater verschiedener Einrichtungen, sondern ausschließlich zwei Studienberater gegenüberzustellen. Immer, wenn im Rollenspiel ein Thema angesprochen wurde, zu dem inzwischen ein Videospot erarbeitet worden war, wurde das Rollenspiel unterbrochen, um den Videofilm einzubringen. Eine der Unterarbeitsgruppen brachte ihren Beitrag dabei nicht als Videofilm, sondern als Kurzrollenspiel mit spontaner Einbeziehung der übrigen Arbeitsgruppenmitglieder.

In der Abschlußdiskussion wurden zunächst die Zweitaufgabe des Rollenspiels und die Videospots analysiert, anschließend über Funktion und Rolle der Medien innerhalb der Beratung, insbesondere über den Videoeinsatz in der Gruppenarbeit gesprochen. Unter den Teilnehmern bestand Übereinstimmung darüber, daß Videofilme bei Informations- und Orientierungsveranstaltungen, aber auch bei der Gruppenberatung stärkere Anteilnahme hervorrufen als andere Hilfsmittel, daß sie in stärkerem Maße Möglichkeiten der persönlichen Identifikation, aber auch der persönlichen Abgrenzung bieten, daß sie es ermöglichen, Entscheidungsprobleme und Konfliktsituationen besonders plastisch darzustellen. Die Teilnehmer an der Arbeitsgruppe waren sich aber auch darüber im klaren, daß solche

Videofilme eine Hilfe beim Einstieg in die Gruppenberatung seien, daß sie Beratung aber nicht ersetzen können und daher in ein Gesamtkonzept von Beratung sinnvoll integriert werden müssen.

Obwohl verschiedentlich der Wunsch nach einer erneuten Fortsetzung der Arbeitsgruppe bei der nächsten ARGE-Tagung geäußert wurde, verständigten sich die Teilnehmer der Arbeitsgruppe darauf, erst abzuwarten, bis weitere konkrete Video-produktionen vorliegen; diese sollen dann bei einer späteren ARGE-Tagung in einer Arbeitsgruppe vorgespielt und in ihrem Wirkungsverhältnis analysiert werden.

Damit ergeht zugleich die herzliche Bitte an diejenigen, die inzwischen Videofilme zu Problemen der Studentenberatung erstellt haben, dies einem der beiden Moderatoren der Arbeitsgruppe (Gerhard Lotze, Zentrale Studienberatung Universität Oldenburg, Postfach 2503, 2900 Oldenburg oder Bruno Zimmermann, Zentrale Studienberatung Universität Freiburg, Werthmannplatz, 7800 Freiburg) mitzuteilen.

KOOPERATION DER STUDIENBERATUNGSSTELLEN IN BERLIN

Im Vorfeld des Inkrafttretens des Berliner Hochschulgesetzes hatten sich die Studienberatungsstellen der Berliner Hochschulen zu einer "Konferenz der Studienberater im Land Berlin - KoSt-" zusammenschlossen, um die im Berliner Hochschulgesetz geforderte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Studienberatung in eigener Initiative zu regeln.

Grundlage für die Arbeit war der Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung, die innerhalb der Hochschulen ohne ein formelles Bestätigungsverfahren akzeptiert wurde. Als wesentlichste Ziele der Zusammenarbeit wurden die umfassende Orientierung der Studienbewerber und Studenten und die Fortbildung der Studienberater durch gegenseitige Information und Abstimmung genannt.

Von seiten des zuständigen Senators für Wissenschaft und Forschung wurde wiederholt die Forderung nach einer formellen Bestätigung analog zu sonstigen Bestimmungen für den Hochschulbereich gestellt.

Im Zusammenhang mit diesem Bestätigungsverfahren haben sich die Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen (Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten in Berlin - LKRP -) im Einvernehmen mit den Studienberatungsstellen entschlossen, die ehemalige "KoSt" als Arbeitsgruppe Studienberatung der LKRP weiterzuführen. Es ist damit möglich, die bisherige gute Kooperation fortzusetzen. Als Arbeitsgrundlage bleiben die Grundsätze aus der Verwaltungsvereinbarung bestehen. Damit verbunden war und ist der wechselnde Vorsitz mit gleichzeitiger Geschäftsführung für zwei Jahre. Seit dem Beginn des Wintersemesters 1980/81 wird dieser von der Technischen Universität Berlin wahrgenommen.

Inzwischen hat die Arbeitsgruppe Studienberatung das Zielpapier der ARGE überarbeitet und wird ihre Stellungnahme Anfang Januar 1981 nach Bremen schicken. Als nächster Punkt steht nach einem Informationsaustausch die Erarbeitung eines Konzepts für die Schülerberatung auf der Tagesordnung der Arbeitsgruppe. Eine gesondert eingesetzte Untergruppe der Arbeitsgruppe Studienberatung erarbeitet z. Z. ein Konzept zur Weiterbildung der Studienberater in Berlin.

Das folgende Papier "Grundmerkmale der Studentenberatung" ist auf dem NW-Landestreffen am 28. 11. 1980 in Münster diskutiert und dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung zugeleitet worden, das zur Zeit Richtlinien für die Studienberatung erarbeitet.

Grundmerkmale der Studentenberatung

1. Bedingungen

Beratung von Studenten, Studieninteressenten und Hochschulangehörigen - nicht mehr (nur) als naturwüchsiges Element des sozialen Lebens an der Hochschule, sondern als institutionelles Angebot, ist erforderlich geworden im Rahmen des Umstrukturierungsprozesses der Hochschule in Richtung auf Ausbildungseinrichtung für einen relativ hohen Prozentsatz eines Jahrgangs
Differenzierung des Studiengangsangebots
Formalisierung der Ausbildungsgänge
Bürokratisierung der Zulassungsverfahren
Anonymität der Hochschulausbildung
Verunsicherung der Lebensperspektive durch drohende Arbeitslosigkeit und politische Repression (Regelstudienzeit, Radikalerlaß).

Neben der Fachstudienberatung, die sich auf interne Probleme eines Studiengangs bezieht, sind es die ZSBs, die diese Aufgabe übernehmen.

2. Arbeitsbereiche

Dabei stellen sich im Bereich zentraler Studentenberatung folgende Aufgaben, die aus der Zielsetzung der Hochschule, ihrer Struktur und der Lebenssituation ihrer Mitglieder entstehen:

(1) Allgemeine Studienberatung mit den Aufgabenfeldern

- Informationsverarbeitung
- Orientierungshilfe
- Studienwahl und -planung
- Arbeitsprobleme und soziale Formen akademischer Lern- und Arbeitsprozesse

(2) Beratung bei psychosozialen Problemen

(3) Institutionenberatung innerhalb der Hochschule

bei psychosozialen Fragen und Fragen der Ausbildungsplanung und -durchführung.

Diese Aufgabenfelder lassen sich analytisch zwar trennen (wie in obiger Aufzählung), stellen aber in der Arbeit ein Kontinuum dar, bei dem sich einzelne Aufgaben als verschiedene Aspekte derselben Sache erweisen.

3. Arbeitsformen (zur Verdeutlichung)

(1) Nur ein Teil der Beratungsbedürfnisse, die im Sinne der Bedeutung von Allgemeiner Studienberatung geäußert werden, erweisen sich - läßt man sich auf ein wirkliches Beratungsgespräch ein - als Fragen, die in den Bereich der Informationsberatung fallen. Im größeren Teil der Beratungsgespräche wird deutlich, daß es sich jeweils um eine Verknüpfung von Informationsbedürfnis, Problemen der Informationsbearbeitung sowie grundlegende Entscheidungs- und Orientierungsproblemen handelt.

Gegebenenfalls werden durch Entscheidungskonflikte z.B. im Bereich der Studiengangswahl psychosoziale Probleme oder Störungen manifest.

(2) Andererseits werden psychische Probleme bei einzelnen Studenten auf Grund der nachhaltigen Erfahrung deutlich, dem undurchsichtigen und in seinen funktionalen Strukturen nicht durchschaubaren Hochschulbetrieb nicht gewachsen zu sein.

Die therapeutische Bearbeitung der so entstehenden und im sozialen Alltag nicht mehr kompensierbaren Probleme muß dann Hand in Hand gehen mit der Vermittlung von Informationen und Orientierungshilfen.

Sprechängste, Kontaktprobleme, Unsicherheiten in Bezug auf die eigene Leistungsfähigkeit, psychosomatische Störungen - diese bei Studenten häufigen Schwierigkeiten - haben sowohl ihren Anteil in der jeweils individuellen Biographie wie in der sozialen Unverbindlichkeit der akademischen Arbeitssituation und der strukturell bedingten Anonymität der Anforderungen, Normen und Gratifikationen im Ausbildungsbetrieb.

(3) Je mehr die Hochschule auf Grund des gesellschaftlichen Formalisierungsdruckes zu bürokratischen Verwaltungs- und

Organisationsformen übergehen müssen, desto wichtiger wird es, Bereiche innerhalb der Hochschule zu stabilisieren, in denen Arbeits- und Sozialkontakte ohne formale Schranken möglich sind. Gerade eine Beratungsstelle, die für Hochschulangehörige offen sein soll, die besonders unter der Anonymität leiden und oft durch bürokratische Strukturen handlungsunfähig gemacht werden, kann nur unter weitmöglichster Vermeidung von formellen Strukturen sinnvoll ihrer Arbeit nachgehen.

Deshalb ist eine offene Beratungsarbeit erforderlich bei weitgehender Integration der Arbeitsbereiche.

4. Mittel

(1) räumlich-materielle Ausstattung:

Die ZSB als zentrale Einrichtung sollte auch räumlich zentral und leicht zugänglich im Universitätsbereich sein. Räumliche und materielle Ausstattung müssen den Erfordernissen von Beratung entsprechen (Möglichkeiten für Einzel- und Gruppenberatung, sozial anregende Atmosphäre, Ruhe, Platz, Art der Beleuchtung, offener Kontaktbereich, zugängliche und übersichtliche Materialanordnung). Die räumlichen Möglichkeiten für die Arbeit in Gruppen müssen in den ZSBs gegeben sein.

(2) personelle Ausstattung:

Im Bereich der Einzel-, Gruppen- und Institutionenberatung sollten hauptamtliche Berater tätig sein mit Kompetenzen im Bereich der Informationsverarbeitung

Beratungsverfahren

gruppendynamische Analyseansätze

gruppendynamische Verfahren

Institutionsberatung.

Studentenberater müssen über ein besonders hohes Maß an sozialer Wahrnehmungsfähigkeit und Rollenflexibilität verfügen.

Die hauptamtlichen Mitarbeiter im Bereich Sekretariat/offener Kontaktbereich müssen über Qualifikationen im Bereich Verwaltung, Informationsverarbeitung und -weitergabe und über Kompetenzen im Bereich sozialer Interaktion (insbes. Kontaktaufnahme) verfügen.

Es muß fortwährende Supervision und angemessene Fortbildung aller Mitarbeiter der zentralen Studentenberatungsstellen sichergestellt sein.

(FAST) ALLES SCHON MAL DAGEWESEN ...

Unter der Rubrik "Postskriptum" veröffentlicht der Hochschulverband in seinen Mitteilungsheften 6 und 5 (Dezember und Oktober 1980) zwei Beiträge, deren Reiz vor allem darin besteht, daß sie Studien- und Berufswahlsituationen vorführen, die 100 und mehr Jahre alt sind. Sie rufen in Erinnerung, daß Probleme, denen sich die Studien- (und natürlich auch die Berufs-) beratung heute gegenübersteht, im Grunde gar nicht so neu sind. Oder müssen wir sogar noch einen Schritt weitergehen, indem wir uns (und andere) fragen: Hat sich in den letzten 100 bis 300 Jahren in unserer Gesellschaft wirklich so wenig geändert? ?

Gegen den Andrang zur Universität

Nachdem Se. Königl. Majestät in Preußen u. s. w. Unser allergnädigster König und Herr erwogen, was gestalt bereits von vielen Zeiten her geklagt worden, daß die Studia in allen Fakultäten dadurch in Abgang und fast in Verachtung gerathen, weil ein jeder bis auf Handwerker und Bauern seine Söhne ohne Unterschied der Ingeniorum und Capacität studiren und auf Universitäten und hohen Schulen sumptibus publicis unterhalten lassen will, da doch dem Publico und gemeinen Wesen vielmehr daran gelegen, wann dergleichen zu denen Studiis unfähige Ingenia bei Manufacturen, Handwerkern und der Militz, ja gar bei dem Ackerbau nach eines jeden Condition und natürlicher Zuneigung angewendet, und sie dergestalt ihres Lebens Unterhalt zu verdienen unterwiesen würden. Als seyend Se. Königl. Majestät aus Landesväterlichen treuer Vorsorge veranlassen worden, dahin bedacht zu seyn, welcher gestalt solchen Inconvenienzien remediret, die Studia in vorigen Werth gebracht und das Commodum publicum befördert werden möge, zu welchem Ende Se. Königl. Majestät hiermit und Kraft dieses verordnen, auch zugleich allen und jeden Magisträten in Städten und fürnehmlich denenjenigen, sowohl Geistlichen als Weltlichen, welchen die Aufsicht der Schulen anvertraut ist, allergnädigst und ernstlich anbefehlen, auf die Jugend in selbigen fleißig acht zu haben, solche selbst zum öftern zu visitiren, unter denen Ingeniis, welche zu denen Studiis sich wohl anlassen und von ihrer Fähigkeit gute Proben geben, einen Selectum zu machen, und diesen zwar in ihrem Zweck beförderlich zu sein, diejenigen aber, welche entweder wegen Stupidität, Trägheit oder Mangel des Lustes und Triebes, oder auch anderen Ursachen zum Studiren unfähig seyend, in Zeiten davon ab und zur Erlernung einer Manufactur, Handwerks oder anderen redlichen Profession anzuweisen, selbige auch nicht weiter, als fürnehmlich in dem wahren Christenthum und Fundament der Gottesfurcht, dann auch im Lesen, Schreiben und Rechnen unterweisen und informiren zu lassen, damit nicht, wie es sich wohl zuträget, Schüler von 20 bis 30 Jahren dem Publico und ihnen selbst zur Last, und den Informatoren zur Verkleinerung erfunden werden mögen. Hieran geschiehet Unser ernstlicher Wille und Meynung.

Signatum Charlottenburg, den 25. Aug. 1708.

Friedrich

(Gegz.) Graf von Wartenberg.

Die Ueberproduction an Gebildeten

„Was ist uns denn gedient, wenn alle Mädchen den Schiller und Goethe und weiss was noch lesen, kein einziges aber mehr die Mistgabel in die Hand nehmen will?“ — An dieses Wort des bairischen Abgeordneten Lukas erinnerten wir uns, so schreibt der „Reichsbote“, unwillkürlich, als wir neulich in den Zeitungen die Colonnen der an den deutschen Bauschulen studierenden Techniker zu Gesicht bekamen. Trotz des Jammers über die schlechten Zeiten drängen sich doch Tausende und Tausende zum Studium heran, obschon die Aussichten für Ingenieure, Architekten und Baumeister noch schlechter sind, als jene für Juristen und Philosophen. Es will uns beinahe bedünken, dass wir dem Rufe nach Bildung zu sehr nachgegeben und schliesslich das deutsche Reich mit zu vielen Bildungsanstalten höherer Gattung gesegnet haben. So lange weniger Gelegenheit geboten war, auf bequeme Weise eine höhere Schule, heisse sie nun Gymnasium oder Technikum, zu besuchen, hatten wir wohl auch keinen Mangel an Advokaten und Ingenieuren; ja es gab darunter nicht wenige, welche dem jüngeren Nachwuchs als Muster von gediegenem Wissen und erpriesslichem Streben vorleuchten können. Mit den vermehrten Schulen und dem erweiterten Lehrstoff haben wir eigentlich nur die Durchschnittsbildung, die Mittelmässigkeit und ein Heer von colilinarischen Existenzen herangezogen, welche eigentlich eine Gefahr für den geistigen Fortschritt und die sociale Ordnung sind. Was wollen wir auch mit den Tausenden überflüssiger Candidaten, Praktikanten und Aspiranten anfangen, welche die Bureaux der Staatsbeamten belagern? Wenn wir blos die Abiturienten der Bauschulen zählen, so sind wir mit Bautechnikern aller Sorten auf ein Menschenalter hinaus versorgt. Wozu auch soll die Ueberproduction führen? Diese arbeitslosen und anstellungsbedürftigen Leute vermehren nur die Zahl derjenigen, welche fortwährend den Papa Staat um Hilfe anrufen und schliesslich durch das öftere Wiederholen dieser Meinung ihre

Wünsche in Verpflichtungen des Staates übersetzen. Es ist darum gewiss an der Zeit, vorerst mit den Vätern, Erziehern und Vormündern ein eindringliches Wort zu reden.

Der letzte Pfennig für den „Studenten“

Unter unseren Handwerkern und Bauern hat sich die Anschauung herausgebildet, dass ihre Beschäftigung doch eigentlich für ihre Söhne zu hart sei. Sie sehen sich nach etwas besserem für sie um und dabei fällt ihr Blick zunächst auf die „Studenten“. Diese, meinen jene, hätten doch ein schöneres Leben, eine mehr gesicherte Existenz, weniger Anstrengungen und Sorgen. Nach dem schöneren Rocke des Beamten, Lehrers und Ingenieurs beurtheilen die meisten deren Lage. Die glänzende Noth sehen sie für wirklichen Wohlstand an und darnach richten sie ihren Gedankengang ein; sie werden unzufrieden mit ihrer Lage und ihren Söhnen wünschen sie eine bessere Existenz. Das Nächstliegende ist, dass sie die Gelegenheit benützen, um ihre anscheinend talentierten und fähigen Jungen an eine höhere Bildungsanstalt zu schicken. Der letzte Pfennig wird für den „Studenten“ geopfert in der Hoffnung, dass der grossgewachsene Sohn eine Anstellung erhalten und dann den dürftigen Vater oder die arme Mutter unterstützen werde. Leerer Wahn! Wenn der Herr „Student“ gross geworden, vermehren sich mit dem Alter und der Gelegenheit die Ansprüche und Bedürfnisse, der „Stand“ heisst ein „standesgemässes“ Leben und die Folge ist in sehr vielen Fällen der Ruin des elterlichen Hauses. Wenn es gut geht, erhält der Sohn als Mann eine Anstellung, deren Einkünfte aber meist kaum für ihn ausreichen.

Hätte derselbe junge Mensch, der in seinem wissenschaftlichen Berufe nur Mittelmässiges leistet — und das ist ja die Regel — ein tüchtiges Handwerk gelernt, so würde er seinen Angehörigen weniger zur Last gefallen sein, alsbald seinen Unterhalt verdient und mit der Zeit bei gehörigem Fleiss und Ausdauer gefunden

haben, dass das Handwerk trotz alledem und alledem auch heute noch goldenen Boden hat. Eben dadurch, dass die tüchtigen Köpfe dem Handwerk entzogen werden, wird jene Geringschätzung der Handarbeit befördert, welche den Bildungsanstalten massenhafte Zöglinge zuführt. In früheren Zeiten war das Gegenheil der Fall, das Handwerk galt als ein ehrenvoller Beruf, und es gingen aus ihm vorzügliche Künstler, Feldherren, Staatsmänner und sogar Gelehrte und Dichter, jedenfalls aber die besten Bürger hervor. Damals fanden es selbst Patrizier, Geistliche, Juristen und Professoren nicht unter ihrer Würde, ihre pflegebefohlenen Söhne einem Meister in die Lehre zu geben. Die Handwerker selbst aber pflegten eben in dem Bewusstsein von dem Adel der Arbeit und des Berufes jenen Stolz, welcher den modernen Arbeitern und Handwerkern hauptsächlich auch darum fehlt, weil alles nach höherer Bildung* und „höheren Berufsstellungen“ drängt. Und doch glauben wir, sei ein Schneider, der seine Kunden nach Recht und Brauch zu befriedigen versteht, viel besser bestellt und mindestens ebenso ehrenwerth als ein Ingenieur, ein Architekt, ein Baumeister, ein Jurist, ein Philolog, der die hart erworbenen Pfennige seiner Eltern verstudiert hat, nicht mehr als höchstens Mittelmässiges leistet und Jahre lang alle Stellenvermittlungsbureaux und die Vorzimmer der Minister oder Oberbeamten unsicher macht, um irgend ein schlecht bezahltes Pöstchen zu ergattern, das die Hoffnungen seiner Opfer und seine eigenen Erwartungen bitter enttäuscht. Und ist etwa das Publikum und der Staat bei dieser Cultur des Grössenwahns besser gefahren? Gerade im technischen Fache beweisen die vielen verpfuschten Objekte des Gegenheil. Darum kehren wir um, lassen wir ab von dieser „Bildungswuth“, kehren wir zurück zu der Organisation des soliden und biederen lateinlosen Handwerks!

* Zeitung für das höhere Unterrichtswesen Deutschlands, Jg. 9, 1880, S. 137.

DISKUSSIONSFORUM

Zur weiteren Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft

Nachdem das Plenum der Arbeitsgemeinschaft anlässlich der Frühjahrstagung 1980 in Münster eine Arbeitsgruppe eingesetzt hatte, die einen Vorschlag über Struktur und Organisation der weiteren Arbeit ausarbeiten sollte, lag dem Plenum während der Herbsttagung in Darmstadt ein entsprechendes Diskussionspapier vor. In der darauf bezogenen Diskussion wurde der Grundsatzbeschluss gefasst, die Ziele der Arbeitsgemeinschaft auch für eine breitere Öffentlichkeit zu präzisieren und sich eine innere Struktur zu geben. Während der Zielkatalog verabschiedet werden konnte, war bei der Frage der inneren Struktur aus Zeitmangel lediglich die Wahl von drei Sprechern möglich. Es bestand Einvernehmen, die Diskussion auf der Frühjahrstagung 1981 in Bremen fortzuführen. Als Grundlage dieser Diskussion gilt weiterhin das bereits im Frühjahr 1980 vorliegende Diskussionspapier, jedoch modifiziert aufgrund der Darmstädter Beschlüsse und Diskussion. Zur Vorbereitung der Tagung in Bremen drucken wir es daher nachfolgend ab.

Diskussionspapier zur Struktur und Weiterentwicklung der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft

INHALT

- I. Ziele der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)
- II. Struktur und Inhalte der Fortbildung (Projektbereiche)
- III. Organisation der Arbeitsgemeinschaft
- IV. Grundsätze der Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaft mit anderen Institutionen

I. Ziele der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Studenten-
berater in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)

Die Ziele der Arbeitsgemeinschaft - im Frühjahr 1980 vom
Plenum in Darmstadt beschlossen - sind:

- an den Bedürfnissen der Ratsuchenden ausgerichtete Be-
ratungs- und Therapiekonzeptionen zu entwickeln und zu
unterstützen;
- die wissenschaftliche Fundierung und Reflektion von Be-
ratungspraxis im Hochschulbereich einschließlich der
psychosozialen und psychotherapeutischen Beratung zu
fördern und Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung
von Beratungs- und Therapieformen anzuregen;
- Probleme des Zusammenhangs von Gesellschafts- und Hoch-
schulstrukturen einerseits und studentischen Problemen
andererseits als Rahmenbedingungen für Studentenbe-
ratung und -therapie aufzugreifen und zu analysieren;
- Beiträge zur Hochschul- und Studienreform aus der Sicht
der Studentenberatung und -therapie zu leisten;
- den Erfahrungsaustausch und die Fortbildung von Studenten-
beratern zu organisieren;
- die Kooperation von Mitarbeitern der allgemeinen,
psychologischen und psychotherapeutischen Studenten-
beratung zu fördern und
- zu Problemen der Arbeitssituation, den Arbeitsbedingungen
sowie der Organisationsform der Studentenberatung und
der Fortbildung von Mitarbeitern in der Studentenberatung
Stellung zu nehmen.

Um die Überlegungen, die zur Formulierung der Ziele führten
und die Erwartungen, die sich mit ihnen verknüpfen, deut-
licher zu machen, sollen diese Ziele hier noch einmal aus-
führlicher dargestellt werden.

a. Entwicklung und Unterstützung von an den Bedürfnissen
der Studierenden ausgerichteten Beratungskonzepten

Darunter verstehen wir, daß die Entwicklung von Beratungs-
konzepten von den studentischen Lebensbedingungen und
Lebenssituationen auszugehen hat und nicht von Vorstellungen
von Institutionen über zu vermittelnde Beratungsinhalte.
Da die Studenten selbst ihre Situation am besten kennen,
sie allein auch den realen Erfahrungsbezug haben, sind sie
soweit wie irgend möglich in die Entwicklung von Beratungs-
konzepten und die Beratungsarbeit einzubeziehen. Studen-
tische Selbsthilfe und Selbstberatung ist von den insti-
tutionalisierten Beratungsstellen daher nicht als lästige
Konkurrenz zu sehen, sondern zu fördern und zu unter-
stützen. Insgesamt gesehen sollte "Beratung" zu eigener
Aktivität des "Beratenden" führen, Hilfestellung bei der
Solidarisierung mit anderen in gleicher Lage geben und
zur Aufarbeitung individueller Probleme auf dem Hintergrund
des gesellschaftlichen Kontextes animieren. Das bedeutet
auch, daß die Entwicklung in Hinblick auf integrierte
Beratungsmöglichkeiten gefördert wird, bei denen bei-
spielsweise Probleme der Wohnungssuche, zu niedrige BAföG-
Zuwendungen, Partnerprobleme, Angst vor Versagen im Studium,
Unsicherheit im Umgang mit der Examenssituation nicht von
verschiedenen spezialisierten Institutionen angegangen
werden, sondern durch die Versammlung unterschiedlicher
Qualifikationen in einer Beratungsinstitution ganzheitlich
bearbeitet werden können. Nur so ist nicht nur die für
den Ratsuchenden frustrierende Verweisungspraxis abzubauen,
sondern auch die Interdependenz der Probleme verursachenden
Faktoren aufzuzeigen.

b. die wissenschaftliche Fundierung und Reflektion von
Beratungssystemen im Hochschulbereich einschließlich
der psychosozialen und psychotherapeutischen Beratung
zu fördern und Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung
von Beratungs- und Therapieformen anzuregen

Die wissenschaftliche Fundierung und systematische Reflexion der im Hochschulbereich installierten Beratungssysteme ist bisher weitgehend eine uneingelöste Forderung. Aus den Modellversuchen zur Studienberatung liegen einige wichtige Ergebnisse vor, wobei allerdings in Rechnung zu stellen ist, daß die Auswahl der Fragestellungen und die Interpretation der Ergebnisse nicht selten von (verständlichen) modellversuchstaktischen Gesichtspunkten beeinflusst war. Überdies ist die wissenschaftliche Fundierung der Beratung ein ständiges Erfordernis, um gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen im Hochschulbereich jeweils zu verarbeiten.

Es hat sich gezeigt, daß diese Aufgabe im Rahmen der laufenden Beratungsarbeit und von den vorhandenen Mitarbeitern in der Regel nicht ausreichend erfüllt werden kann; dies liegt vor allem an der hohen Belastung der Berater, z.T. aber auch an fehlenden Kompetenzen. Es erscheint von daher sinnvoll, die ArGe als ein Forum zu nutzen, um aus der Arbeit der Beratungsstellen heraus Fragestellung für beratungsrelevante Forschungsvorhaben zu artikulieren, Informationsbedürfnisse der Beratungsstellen deutlich zu machen, und um Experten zu wichtigen Themenkomplexen zu hören.

Der Vorteil den die ArGe im Hinblick auf die Anregung praxisrelevanter Forschung und zielgerichteter Rezeption wissenschaftlicher Ergebnisse gegenüber anderen Weiterbildungsinstitutionen haben könnte, liegt darin, daß die Betroffenen selbst aus ihrer Erfahrung heraus den Anstoß für eine wissenschaftliche Reflexion entwickeln und daß die Umsetzung der Ergebnisse im gleichen Kontext erfolgen kann; damit liegt es nahe, neben der traditionellen Form des Expertenvortrages, alternative Forschungsansätze (z.B. expertenunterstützte Handlungsforschung) zu erproben, deren Finanzierung über relativ bescheidene Mittel eines Vereins möglich wäre.

c. Probleme des Zusammenhangs von Gesellschafts- und Hochschulstrukturen einerseits und studentischen Problemen andererseits aufzugreifen und zu analysieren, um daraus die Konsequenzen für die Beratungsarbeit abzuleiten

Der Anspruch einer adressaten- und bedürfnisorientierten, möglichst umfassend strukturierten und auch präventiv-institutionell wirksamen Studienberatung läßt sich nur realisieren, wenn durch gezielte Untersuchungen folgende Zusammenhänge und Fragestellung näher analysiert worden sind:

- welche Lern- und Arbeitsbedingungen innerhalb der Hochschule (universitäre Konkurrenz-, Anonymitäts- und Anforderungsstrukturen) verursachen bei den Studenten schwerwiegende Studienschwierigkeiten und Orientierungsprobleme?
- welche weiteren außerhalb der Hochschule liegenden Belastungsfaktoren wie z.B.: die finanzielle und allgemein politische Situation, die Wohnverhältnisse, die Familien- und außeruniversitären Kommunikationsstrukturen wirken sich zusätzlich erschwerend auf den allgemeinen studentischen Lebens- und Arbeitsbereich aus?
- in welchem Ausmaß und mit welchen Folgen beeinflussen diese inner- und außeruniversitären objektiven Belastungsfaktoren und Erschwernisse die Persönlichkeitsstrukturen der Studenten, inwieweit werden diese Belastungsfaktoren von den Studenten unterschiedlich bewältigt oder verdrängt und welche Gefühle der Ohnmacht, Verunsicherung, Desorientierung und Resignation lösen diese objektiven Bedingungen aus?
- in welchen Erscheinungsformen und Symptomen schlagen sich diese Ohnmachts- und Verunsicherungsgefühle z.B. als Lern- und Arbeitsstörungen, Angst, Überanpassung oder Interessen- und Motivationsverlust nieder?

Auf der Grundlage einer solchen Untersuchung der Interdependenz von objektiven inner- und außeruniversitären Belastungsfaktoren und subjektiv empfundenen Problemen und Schwierigkeiten lassen sich die möglichen Ansatzpunkte für die Beratungsarbeit der Studienberatungsstellen näher bestimmen und klären:

- wie einerseits durch hochschuldidaktische bzw. studienreformerische Maßnahmen und Rückkopplungsprozesse auf institutionell-hochschulorganisatorischer Ebene eine Verbesserung der universitären Lern- und Kommunikationsstrukturen und damit präventiv ein Abbau bzw. eine Abmilderung der objektiven Belastungsfaktoren erzielt werden kann;
- wie andererseits Beratungskonzeptionen und -methoden entwickelt und realisiert werden können:
 - die thematisch sich an den Problem- und Konfliktbereichen orientieren, die durch die objektiven Belastungsfaktoren ausgelöst oder mitverursacht werden;
 - die inhaltlich das analysierte Spannungsverhältnis zwischen objektiven Belastungsfaktoren und individuell bestehenden Schwierigkeiten thematisieren und damit eine Psychologisierung der Probleme verhindern;
 - die organisatorisch durch geeignete Formen der Einzel- und Gruppenberatungen eine wirksame Hilfe zur Selbsthilfe bei der Bewältigung der individuellen Lebens- und Arbeitssituation anbieten.

Grenzen und Möglichkeiten der Einflußnahme auf inneruniversitäre Problem- und Konfliktfelder hängen u.a. davon ab, in welchem Beziehungs- und Abhängigkeitsverhältnis die einzelnen Belastungsfaktoren zu den allgemeinen politischen, sozialen und finanziellen Lebensumständen, den Arbeitsmarkt- und Sozialisationsbedingungen in Schule und Familie stehen und in welcher Weise diese Belastungsfaktoren im Gesamtgefüge der Universität verankert sind.

Soweit diese allgemein gesellschaftlichen Bedingungen mittelbar oder unmittelbar zum Entstehen hochschultypischer Konflikte, persönlichen Studienproblemen und Orientierungsschwierigkeiten beitragen und diese verstärken, müßten diese objektiven Bedingungen und Einflußfaktoren Gegenstand einer umfassenderen Problem- und Situationsanalyse sein und bei der Entwicklung wirksamerer Beratungskonzeptionen und -methoden und der Evaluation der bestehenden Beratungsangebote mitreflektiert werden.

d. Beiträge zur Hochschul- und Studienreform aus der Sicht der Studentenberatung und -therapie leisten

Geht man von der Erkenntnis aus, daß eine Reihe von in der Beratung und Therapie zur Sprache kommenden Schwierigkeiten nicht Ausdruck individuellen Versagens sind, sondern durch institutionelle Bedingungen (z.B. Prüfungs- oder Lehrorganisation) ausgelöste Probleme, so wird man Erfolge erst erzielen können, wenn diese institutionellen Voraussetzungen geändert sind. Allgemein ist es unsere Auffassung, daß nicht die Anpassung des Individuums an institutionelle Zwänge, sondern deren Abbau und Schaffung individueller Entfaltung- und Entdeckungsmöglichkeiten Ziel der Beratung bzw. der Therapieinstitutionen (!) sein sollte - eine Forderung, die sicherlich auch dem "kreativen Prozeß Wissenschaft" dienlich ist. Studentenberater sollten aktiv den Informationsfluß zwischen den Hochschulmitgliedern untereinander einerseits und zwischen Hochschulen und Öffentlichkeit andererseits fördern, denn die Kenntnis der gegenseitigen Lebens- und Arbeitsbedingungen ist Voraussetzung für eine sinnvolle Diskussion. Das bedeutet auch, daß Studentenberater als Experten Gehör finden in den Studienreformkommissionen, den Akademischen Senaten und Fachbereichsräten, daß sie Stellung nehmen können zu Studienordnungen und -plänen, Prüfungsordnungen, Lernorganisationen der Hochschule, Zulassungswesen usw., denn gerade in ihrer Beratungspraxis kristallisiert sich aus einer Vielzahl von Einzelproblemen die strukturelle Schwäche.

Allerdings: eine Reihe von Problemen ist nicht bürokratischem Unvermögen, sondern politischer Absicht zuzuschreiben. Hier die Interessenlagen aufzuzeigen und Partei zu ergreifen für die an einer qualifizierten Arbeit in der Hochschule interessierten Studenten erscheint uns Aufgabe von Beratung und Therapie.

Denkbar wären außerdem folgende Aktivitäten im Rahmen der Studienreform und Hochschuldidaktik:

- Rückmeldung von Problemen und Störungen, die bei den Studenten in der Beratung gehäuft auftreten und deren Ursache direkt in der Studien- und Arbeitssituation der Hochschule begründet liegen;
- Unterstützung und Mitwirkung bei der Initiierung und Gestaltung von Studieneingangs- bzw. Orientierungsphasen, die den Studienanfängern einen orientierenden Einblick in den Aufbau und die Inhalte des Studienganges sowie die zukünftige Berufsrolle vermitteln, in die hochschultypischen Arbeits- und kooperativen Lernformen einführen und den Übergang von der Schule oder dem Beruf in die Universität erleichtern und damit die Gefahr der Anonymität, Isolierung und Desorientierung abbauen;
- Mithilfe bei der curricularen Strukturierung und didaktischen Aufbereitung der Lehrveranstaltungen, um die Studienorganisation übersichtlicher und transparenter zu gestalten und die emotionalen Aspekte der Lern- und Interaktionsprozesse stärker zu berücksichtigen (Organisation hochschuldidaktischer Kolloquien, Multiplikatoren- und Tutorenschulung, Veranstaltungsauswertung);
- Offenlegen der Prüfungs- und Leistungskriterien, Mitwirkung, Prüfungsbedingungen überschaubarer und für den Studenten nachvollziehbarer zu gestalten; Abwehr von Bestrebungen, die auf eine "Eliteausbildung" über verstärkte Selektion und Verschärfung der Leistungsanforderung hinzielen.

Die Studienberatung sollte sich außerdem dafür einsetzen, daß neben der Gewährleistung einer breitangelegten Grundqualifikation, verbunden mit einer fundierten berufsqualifizierenden Ausbildung durch die Vermittlung entsprechender fachlicher Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden, Lern- und Arbeitsformen wie z.B.: Kleingruppen, Tutorien, Arbeitskreise, projekt- und praxisbezogene Lehrveranstaltungen, Selbststudienformen, Prüfungsgruppen in das Studium integriert, angeboten oder auch erhalten bleiben, die:

- "soziale Lernformen" ermöglichen, kooperatives und arbeitsteiliges Arbeiten fördern und zur Stärkung der sozialen Kompetenz beitragen;
- die Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie die Argumentations- und Ausdrucksweise innerhalb gemeinsamer Lern- und Arbeitsformen stärken und auf eine Sensibilisierung persönlicher Probleme und Schwierigkeiten hinzielen;
- den Studenten erleichtern, sich in den Institutionen zurecht zu finden, sie zur Mitarbeit und Mitbestimmung bei der Planung und Gestaltung der Lehrveranstaltungen anregen und mit den Formen und Möglichkeiten der universitären Gremien- und Selbstverwaltung vertraut machen;
- den Studenten durch entsprechende Praxisbezüge und -phasen Kenntnisse und Einsichten über die politischen und sozialen Bedingungen ihrer späteren beruflichen Tätigkeit vermitteln und auch dazu beitragen, die Lebens- und Arbeitsverhältnisse unter sich ändernden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen interpretieren und mitgestalten zu können.

Die Realisierungschancen dieser Aktivitäten im hochschulischen Alltag werden stark von Bedingungen abhängen, die nicht im Einflußbereich der Studienberatungsstellen liegen. Eine Kooperation mit anderen universitären Gruppen und Einrichtungen und eine den jeweiligen spezifischen Bedingungen entsprechende Schwerpunktsetzung in der Aufgabenstellung ist deshalb unumgänglich.

e. Organisation des Erfahrungsaustausches und der Fortbildung von Studentenberatern

Angesichts der sehr komplexen Aufgabenstellung, mit der Studentenberater (sowohl als Studienberater wie auch psychotherapeutischen Berater) konfrontiert sind, ist der Fortbildung und dem Erfahrungsaustausch der Studentenberater besondere Bedeutung beizumessen. Dazu ein regelmäßiges angemessenes Angebot sicherzustellen, ist eine der wesentlichen Aufgaben der ArGe.

Die Forschungsinhalte sind in Form von Projektbereichen zu beschreiben, unter die sich die von den Studentenberatern als relevant angesehenen Themen fassen lassen.

Die bisher ermittelten Bereiche sind:

- psychosoziale Beratung
Gemeinwesenarbeit
Multiplikatorenschulung
- Hochschul- und Bildungspolitik
und Studentenberatung
- Hochschulpsychotherapie
- Innovationen in der Studienberatung
- Studienberatung und Hochschuldidaktik
- Beratung im Gesamthochschulbereich
Beratung im Fachhochschulbereich
Beratung in der Hochschulregion
- berufsbezogenen Selbsterfahrung

Diese Projektbereiche stellen die Basis dar für Themenauswahl der Fortbildungsveranstaltungen und der Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt der ArGe "Info". Die Bereiche können von den Mitgliedern jederzeit erweitert werden.

Auswahl und Durchführung von Veranstaltungen orientieren sich an den Prinzipien

- Kollegialität
- Erfahrungsbezug
- Freiwilligkeit

Kollegialität

A. Fortbildung wird von Kollegen für Kollegen organisiert

Studentenberater sind Experten auf verschiedenen Gebieten. Je nach Schwerpunktsetzung der Beratungsstelle und der Ausbildung sowie Aufgabenverteilung innerhalb der Beratungseinrichtungen werden spezielle Kenntnisse hinsichtlich des Beratungsansatzes, der Arbeitsmethodik, der Therapeutischen Schule, der Zielgruppe etc. vorgefunden, die ein riesiges Potential zur Fortbildung von Kollegen darstellt. Wie Beispiele der bisherigen Praxis der ArGe unumstößlich beweisen, ist das Spektrum der damit zur Verfügung stehenden Themen sehr umfangreich. Sogenannte "Experten", die nicht auch Praktiker der Studentenberatung sind, können ebenfalls zu einer umfassenden Fortbildung herangezogen werden.

B. Kollegialität ist aber auch das Prinzip bei Planung, Auswahl und Festlegung von Zeitpunkt und Inhalten der Fortbildung

Es muß im Interesse einer unabhängigen und am Interesse der Ratsuchenden orientierten Beratung sichergestellt sein, daß die Inhalte der Beratung nicht als Lenkungsinstrument mißbraucht werden. Eine auf Selbstkritik und kollegiales Feedback ausgerichtete Fortbildung bietet die beste Gewähr für eine verantwortliche Beratungspraxis.

Erfahrungsbezug

Eine angemessene Fortbildung muß sich aus der Praxis, für die sie ausbilden soll, entwickeln und sich auf diese beziehen. Inhalte und Didaktik müssen im Kontext zu der praktischen Arbeit stehen. Die aktuellen Probleme einer sich verändernden Hochschullandschaft müssen flexibel aufgegriffen werden. Die besonderen Erfordernisse der beruflichen Situation des Beraters ("Zuwendung als Lohnarbeit") sind zu bearbeiten. Dazu ist ein Klima vertrauensvoller Solidarität die Voraussetzung, die berufsbezogene Selbsterfahrungsarbeit erst ermöglicht.

Freiwilligkeit

Studentenberater sind Akademiker mit abgeschlossener Berufsausbildung; wenn sie sich dennoch um intensive Fortbildung bemühen, zeigt das, daß sie sich aus der Erfahrung einer sehr komplexen Aufgabenstellung weiterqualifizieren wollen, um den Bedürfnissen der Ratsuchenden und der Entwicklung der Hochschulsituation zu entsprechen. Die erforderlichen Inhalte ergeben sich aus der jeweiligen Aufgabenverteilung der Beratungseinrichtung und in der Diskussion mit den Kollegen.

Sie können in die Planung der Fortbildungsveranstaltungen der ArGe eingebracht werden.

Die Teilnahme an den Veranstaltungen bestimmt jeder Berater nach seinen derzeitigen Fortbildungsbedürfnissen und seinen zeitlichen Möglichkeiten.

f. die Förderung der Kooperation von Mitarbeitern der allgemeinen, psychologischen und psychotherapeutischen Studentenberatung

Die Kooperation von Mitarbeitern unterschiedlicher Beratungsstellen wird oft durch die gegenseitige Unkenntnis der jeweiligen konkreten Tätigkeit und der Arbeitsbedingungen, durch Mißdeutungen des Beratungsanspruchs usw. erschwert. Die Leistungen des Beratungssystems für die betroffenen Studenten werden dadurch gemindert.

Kooperationsprobleme sind oft auf unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in der Beratungsarbeit und z.T. auf die unterschiedliche Ausbildung der Mitarbeiter zurückzuführen. Insbesondere zwischen psychologisch und therapeutisch ausgebildeten Beratern und sog. "allgemeinen" Beratern gibt es charakteristische Vorurteile und Voreingenommenheiten, die bereits die Verständigung über studentische Probleme und ihre möglichen Ursachen behindern und die Suche nach kooperativen Lösungsansätzen von vornherein unmöglich machen.

Es muß eine Aufgabe der ArGe sein, durch verschiedene Angebote diese Probleme abzubauen, zu einem besseren gegenseitigen Verständnis in der Arbeit zu gelangen, die gemeinsame Problemgrundlage herauszustellen, gemeinsame und sich ergänzende Aspekte der jeweiligen Beratungstätigkeit, ein ganzheitliches Verständnis der studentischen Situation und schließlich Modelle der Kooperation zu entwickeln.

Dies kann durch regelmäßig im Rahmen der Tagungen der ArGe angebotene gemeinsame Gruppen zu beruflichen Selbsterfahrung, gemeinsame Fallbesprechungen und problembezogene AG's zur Entwicklung abgestimmter oder kooperativer Beratungsmaßnahmen (Kooperationsmodelle) geschehen.

g. Stellungnahme zu Problemen der Arbeitssituation, der Arbeitsbedingungen und der Organisationsform der Studienberatung und der Fortbildung von Studienberatern

Die Länder sind gesetzlich verpflichtet, an den Hochschulen Beratungssysteme zu etablieren, durch die die Studenten Anstöße und Unterstützung bei ihren Problemlöseprozessen erhalten; dies betrifft sowohl primär kognitive als auch primär emotionale Probleme.

Mit wenigen Ausnahmen kommen die Länder diesem Auftrag in personeller und materieller Ausstattung der Beratungsstellen nicht nach. Die ArGe unterstützt, vor allem durch kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit, alle Bestrebungen gegen selektionsorientierte Beratung und für einen bedarfsgerechten Ausbau der Beratungsangebote. Sie unterstützt als fachpolitische Organisation die Kollegen in ihren konkreten Auseinandersetzungen mit den Hochschulen und Länderregierungen über Beratungskonzepte und Arbeitsbedingungen und gibt im Konfliktfall Stellungnahmen ab. Die ArGe erarbeitet Vorschläge zur Organisationsform und Struktur (z.B. Weisungsrecht, Anbindung, Nutzereinfluß) der Beratungsstellen auf der Grundlage ihrer beschlossenen Prinzipien.

Die Arbeitsgrundlage der ArGe ist das Kollegialitätsprinzip. Dieses muß sich auch in der Organisation der Fort- und Weiterbildung zeigen. Die ArGe fordert sich selbst und den Kollegen ab, kontinuierlich in hochschulpolitischer und beratungsmethodischer Hinsicht ein Selbstschulungsprogramm mit internen und u.U. auch externen Spezialisten durchzuführen. Aber die Berater in der ArGe bleiben im Prinzip selbst Subjekt ihrer Weiterbildung. Darüber hinaus verlangt die ArGe, daß von den Trägern der Beratungsstellen Arbeitszeitanteile für individuelle Ausbildungen freigegeben werden (therapeutische/beratende Verfahren, Supervision etc.)

II. Struktur und Inhalte der Fortbildung (Projektbereiche)

Um die Fortbildungsarbeit zu strukturieren wurde schon auf der Freiburger Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Beschluß gefaßt, die zukünftigen Tagungen unter Leitthemen zu stellen. In Weiterentwicklung dieses Beschlusses und auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Studentenberatung und -therapie - wie auch die Fortbildungswünsche der Berater zeigen - sich ständig mit einigen Themen- bzw. Problemkreisen auseinandersetzen muß, wird die Bildung von Projektbereichen vorgeschlagen. Jeder Berater kann in diesen Projektbereichen mitarbeiten. Da die Projektbereiche an den Alltagsproblemen der Berater angesiedelt sind, sollen die Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Arbeit in den einzelnen Stellen hier unmittelbar einfließen.

Andererseits sollen die Projektbereiche aber auch anregen, einen kontinuierlichen, kooperativen Diskussionsprozeß zwischen Beratern mehrerer Stellen zu installieren. Im Info der Arbeitsgemeinschaft können die Arbeitsschritte, Teilergebnisse und Berichte der Projektbereiche veröffentlicht werden. Gleichzeitig können die Projektbereiche die Arbeitsgruppen bei den halbjährlichen Fortbildungstagungen bilden, wo dann auch der Austausch zwischen den Projektbereichen stattfinden kann.

Die Organisationsform der Projektbereiche kann und soll nicht vorgegeben werden, da sicherlich je nach regionaler Zusammensetzung, Arbeitsweise bzw. Thematik usw. verschiedene Möglichkeiten gegeben sind. Die in einer Vorberereitungssitzung ermittelten Vorschläge für Projektbereiche lauten folgendermaßen:

- Psychosoziale Beratung,
Gemeinwesenarbeit,
Multiplikatorenschulung,
- Hochschul- und Bildungspolitik und Studentenberatung,
- Hochschulpsychotherapie,
- Innovation in der Studentenberatung,
- Studienberatung und Hochschuldidaktik,
- Beratung im Gesamthochschulbereich,
Beratung im Fachhochschulbereich,
Beratung in der Hochschulregion,
- berufsbezogene Selbsterfahrung

Selbstverständlich kann dieser Katalog erweitert und verändert werden.

Sowohl an den Projektbereichen wie auch an den Fortbildungstagungen sollte die Teilnahme von außerhalb der ArGe stehenden Personen ermöglicht werden. Die Tagungen würden wie bisher von einer oder mehreren Beratungsstellen in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft durchgeführt.

III. Organisation der Arbeitsgemeinschaft

Nach dem Grundsatzbeschluß, auf eine Vereinsgründung zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu verzichten und stattdessen eine innere Organisationsstruktur zu beschließen, wurden in Darmstadt bereits drei gleichberechtigte Sprecher gewählt, deren Amt in Bremen erneut zur Disposition steht. Es wäre auch für die Zukunft ein Sprecherrat anzustreben, der die kontinuierliche Außenvertretung der ArGe übernimmt. Bei Fragen größerer Tragweite könnte eine breitere - aber dennoch organisatorisch zu bewältigende - Abstimmung durch Kontakte mit den Info-Redaktionen der Länder stattfinden.

Festzulegen wäre die jeweilige Wahlperiode des Sprecher-rats, die Wahlen selbst können während der Fortbildungs-tagungen stattfinden.

Weitere Beschlüsse sind zu den Projektbereichen und zur Finanzierung der Arbeit der ArGe zu fassen. Zu den Projekt-bereichen wird folgender Beschluß vorgeschlagen:

1. Das Plenum beschließt zu bestimmten Themenkreisen Projektbereiche.
2. In den Projektbereichen können neben Studentenberatern auch andere Personen (z.B. nichtberatende Studenten, Experten usw.) mitarbeiten. Die Projektbereiche wählen einen Sprecher bzw. eine Sprecherin.
3. Die Projektbereiche arbeiten kontinuierlich und länger-fristig an ihrem Themenkreis. Sie stellen ihre Arbeits-ergebnisse auf den Fachtagungen der ArGe und im Info zur Diskussion.

Bei der Finanzierung sind einerseits Mittel für das Info notwendig, andererseits geringe Mittel für Porto und Ge-schäftskosten. Vorstellbar wäre neben einem reinen Spenden-modell auch die Möglichkeit, durch entsprechende Einnahmen für die Fortbildungstagungen einen finanziellen Grundstock zu erreichen.

IV. Grundsätze der Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaft mit anderen Institutionen

Da Studentenberatung und -therapie sich nicht im luft-leeren Raum abspielt, sondern vielfältige institutionelle Bezüge aufweist, ist die Arbeitsgemeinschaft an einer Zusammenarbeit mit anderen Institutionen interessiert. Insbesondere den in der Fortbildung von Studentenberatern agierenden Institutionen sollte erneut ein Gespräch angeboten werden mit dem Ziel, die Fortbildungsangebote aufeinander abzustimmen und so die Möglichkeiten für den einzelnen Berater zu verbessern. In der Fortbildungsarbeit ist die Arbeitsgemeinschaft bemüht, je nach Themen-kreis gemeinsam mit Betroffenen und auch Mitgliedern anderer Beratungsinstitutionen Veranstaltungen durchzuführen.

Dies könnte sich im therapeutischen Bereich auch auf die Therapieverbände beziehen.

Prinzipiell gilt für die Zusammenarbeit mit anderen Insti-tutionen, daß sie den Zielen der Arbeitsgemeinschaft, wie sie im Kapitel I. festgelegt und erläutert worden sind, dienlich sein soll.

Redaktionelle Bemerkung:

Von den Berliner Kollegen hat die Redaktion eine Stellung-nahme zu dem in Darmstadt vorgelegten Papier "Ziele der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)" erhalten. Leider konnten die Änderungsvorschläge nicht in den von der Arbeitsgruppe vorgelegten neuen Entwurf unmittelbar einge-arbeitet werden. Wir bitten daher die Berliner Kollegen, ihre Vorschläge bei der Erörterung des hier vorgelegten Diskussionspapiers in Bremen einzubringen.

Unbestätigten Gerüchten zufolge soll eine adaptierte Form des folgenden Tests "Bilder ordnen" ¹⁾ zur Messung der sozialen Kompetenz von Studentenberatern demnächst einge-setzt werden. Die Redaktion ermöglicht den Kollegen, durch die Vorlage von drei Testaufgaben sich schon jetzt für diese neuen Anforderungen zu qualifizieren.

Die Interpretationshilfen werden im nächsten Info abgedruckt.

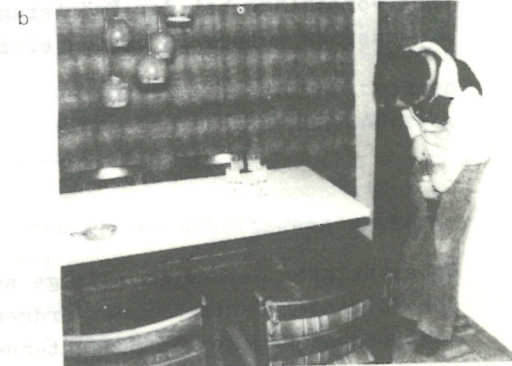
1) Entnommen dem "Test für medizinische Studiengänge", mit freundlicher Genehmigung der Agentur Federsen, Braunschweig.

In den folgenden Aufgaben wird geprüft, wie gut Sie sich in soziale Situationen einfühlen und sie nachvollziehen können.
Vorgegeben sind vier, fünf oder sechs Abbildungen (in der Beispielaufgabe nur drei) in beliebiger Reihenfolge. Fünf Lösungsmöglichkeiten (A) bis (E) sind vorgeschlagen; sie stehen jeweils für eine bestimmte Abfolge – eine Neuordnung der Bildserie. Sie sollen auf dem Antwortbogen den Buchstaben, der die sinnvollste Reihenfolge der Bilder angibt, markieren.

- Lösungsvorschläge: (A) a-b-c
(B) b-c-a
(C) a-c-b
(D) c-b-a
(E) b-a-c

Die richtige Reihenfolge ist (E) b-a-c:

- Öffnen der Flasche
- Füllen der Gläser
- Zuprosten



Sie müssten also E auf Ihrem Antwortbogen markieren.

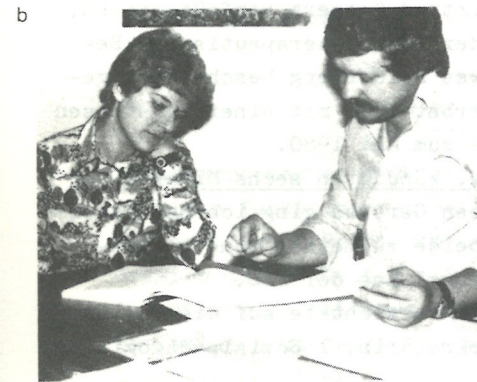
- (A) f-e-c-d-b-a
(B) f-e-b-d-a
(C) f-c-e-d-b-a
(D) f-e-c-b-d-a
(E) f-e-b-c-d-a



- (A) c-b-a-d
- (B) c-b-d-a
- (C) c-a-b-d
- (D) c-a-d-b
- (E) c-d-b-a



- (A) c-b-e-d-a
- (B) b-c-e-d-a
- (C) c-b-d-e-a
- (D) c-d-b-e-a
- (E) b-c-d-e-a



INSTITUTIONELLE PROBLEME

Bei der AG "Strukturelle Probleme einer Beratungsstelle" wurde deutlich, daß nicht nur das Selbstverständnis als Berater, Therapeut bei unserer Arbeit eine Rolle spielt, sondern ebenso die institutionellen Rahmenbedingungen, seien es Probleme hierarchischer Art (Leiter-Team), Finanzprobleme (Modellversuche) oder unsere Rolle als Arbeitnehmer.

Diese Rubrik soll dem Informations- und Erfahrungsaustausch in diesem Bereich dienen.

Aktuell wird im folgenden von Vorgängen in der PBS Heidelberg und der ZSB Münster berichtet.

Aus Heidelberg erreichten uns Stellungnahmen zweier ehemaliger Mitarbeiter; zu Münster liegen eine gewerkschaftliche Stellungnahme sowie die der Landesarbeitsgemeinschaft NW vor.

Vorspann

Der folgende Artikel ist von Gertrud Gassert verfaßt worden; sie ist seit November 1973 in der Psychotherapeutischen Beratungsstelle des Studentenwerkes Heidelberg beschäftigt gewesen. Sie wurde zunächst im Herbst 1979 mit einer fristlosen Kündigung bedroht, sie kündigte zum Mai 1980.

Insgesamt verließen die PBS bzw. kündigten sechs Mitarbeiter im Verlauf des Jahres 1980: Neben Gertrud ging ich nach zwei Arbeitsgerichtsprozessen, die beide zu meinen Gunsten ausgingen, mit einer "Sozialabfindung" aus der PBS. Außerdem kündigten 1 Ärztin (sie verzichtete auf die Verlängerung eines Zeitvertrages), 1 Sekretärin, 1 Sozialpädagogin und schließlich die 2. Sekretärin.

Die Sozialpädagogin und die Ärztin haben ebenfalls jeweils einen Prozeß gegen das Studentenwerk gewonnen (siehe dazu den Text), jedoch ging das Studentenwerk in die zweite Instanz; der Prozeß wird Mitte Februar 1981 sein.

gez. Eberhard Fuhrmann

PSYCHOTHERAPEUTISCHE BERATUNGSSTELLE - PBS

Von der Selbsthilfeorganisation zur autoritären Institution

Die Psychotherapeutische Beratungsstelle für Studenten des Studentenwerks HD (PBS) ist im ersten Halbjahr 1980 mehrmals ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit geraten (HR 5/80). Die internen Auseinandersetzungen zwischen dem Leiter der PBS und einigen Mitarbeitern drehten sich um die inhaltliche Gestaltung der Beratungsstellenarbeit, vom Leiter, Dr. Spazier als ein "Modell" mit dem Ziel emanzipatorischer Therapie für sich in Anspruch genommen, von dem ein oder anderen Studenten noch als letzter "Freiraum" aus der Zeit der Studentenbewegung verteidigt, von einigen Mitarbeitern dagegen als längst etablierte Institution kritisiert. Ein kurzer Abriß der Entstehung und Entwicklung der PBS und eine zusammenfassende Darstellung der jüngsten Konflikte soll verdeutlichen, wie diese Institution gegenwärtig einzuschätzen ist.

Wie es anging

Im Sommersemester 1970 gab es an der Universität Heidelberg noch ein funktionierendes Studentenparlament, ein liberales Rektorat unter Rendtorff und eine Studentenhilfe, in deren Gremien die Studenten ihren Einfluß geltend machen konnten. Auf diesem politischen Hintergrund begann eine vom Studentenparlament eingesetzte "Studentische Kommission" mit der Erarbeitung eines Konzeptes für eine psychotherapeutische studentische Beratungsstelle.

Die Frage der Finanzierung dieser Einrichtung konnte durch die Bereitstellung von Landesgeldern und eines Teils des Sozialbeitrages der Studenten rasch gelöst werden. Die Anbindung an die Studentenhilfe (heute Studentenwerk) schien eine maximale Unabhängigkeit von der Universität und - aufgrund der Organisationsform des Vereins Studentenhilfe, in deren Vorstand Studenten vertreten waren - eine studentische Kontrolle der Beratungsstellenarbeit zu gewährleisten.

In der folgenden Zeit beschäftigte sich die Studentische Kommission mit der Ausarbeitung der therapeutischen Konzeption einer zukünftigen PBS und der Auswahl von Kandidaten für die zunächst geschaffene Psychotherapeuten- und Sozialarbeiterstelle. Dieses Konzept, in Auseinandersetzung mit dem in Heidelberg angesiedelten Sozialistischen Patientenkollektiv entwickelt, verstand sich im Gegensatz zur bürgerlichen Psychotherapie als eine am Menschen als vergesellschaftetem Wesen ansetzende Therapie. Das erforderte notwendig die Einbeziehung einer Analyse der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und die Aufdeckung ihrer pathogenen Struktur. Psychische Krankheit sollte als Ausgangspunkt zur Bewußtseinsveränderung der Patienten, der "Überwindung seiner Befangenheit in einem individualistischen Verständnis seiner Erkrankung" dienen und ihn zur Einsicht in die Notwendigkeit solidarischen politischen Handelns befähigen. Demzufolge war neben den bekannten therapeutischen Methoden die kritische Auseinandersetzung mit ihnen, aber auch die "marxistische Kritik der bürgerlichen Psychiatrie und Psychotherapie und die Aufdeckung psychischer Phänomene als Reflex der kapitalistischen Produktionsweise" untrennbarer Bestandteil einer so konzipierten PBS. Dafür waren

"In der PBS wird versucht, den Beteiligten die Entscheidungsprozesse möglichst überschaubar zu machen und sie von der Richtigkeit der Vorschläge zu überzeugen (...). Hierarchische Institutionen machen es sich da wesentlich leichter".

Spazier/Bopp, S.111

neben Einzel- und Gruppentherapien, analog zum SPK, Arbeitskreise von Patienten und Therapeuten und, als demokratisches Mitbestimmungsorgan, eine Vollversammlung vorgesehen.

Den entsprechenden Kriterien für die Therapeuten einer solchen PBS - neben beruflicher Erfahrung auch die Bereitschaft zur Teamarbeit und das Interesse an der Kritik der bürgerlichen Psychotherapie - schien der zuletzt einzige Bewerber für die Leiterstelle, Dr. Spazier zu genügen, so daß die studentische

Kommission sich mehrheitlich für ihn entschied. Die Kommission selbst sollte als dem Studentenparlament verantwortliches Kontrollorgan der angestellten Mitarbeiter im Team mitarbeiten und in alle Aufgaben der Stelle miteinbezogen sein. Insofern ist die PBS zunächst zu recht als Selbsthilfeorganisation verstanden worden. Allerdings, und das sollte sich als verhängnisvoll erweisen, sind die studentischen Mitbestimmungsrechte nicht in einer juristisch relevanten Form festgeschrieben worden. Vielmehr war die PBS von Anfang an hierarchisch strukturiert mit Leiter und nachgeordneten Angestellten und Dienstrecht nach BAT. Dem Leiter wurde damit eine außerordentliche Machtposition eingeräumt. Als Abteilung des Studentenwerkes ist die PBS zudem dessen Geschäftsleitung unterstellt.

AUFBAU UND ETABLIERUNG

Die erste Aufbauphase, etwa von 1971-1974, in der viele Studenten in die viel zu engen Räume im Haus Buhl drängten, war bestimmt vom Kampf um größere Räume, weitere Therapeutenstellen und gegen Anfeindungen von außen, aktiv getragen von vielen Patienten mit "Besuchen" im Rektorat und beim Geschäftsführer der Studentenhilfe. Die Erfolge blieben nicht aus: 1972 zog die PBS in größere Räumlichkeiten in der Plöck um, Ende 1973 wurden zwei weitere Therapeutenstellen besetzt. Innerhalb der PBS fanden rege Diskussionen statt: Im "Therapie-Arbeitskreis" wurde die eigene Erfahrung mit den Therapien reflektiert; daneben existierten weitere Arbeitskreise und die wöchentliche Vollversammlung. Sie war als einziges Kontrollorgan der Patienten/Studenten übrig geblieben, nachdem sich die studentische Kommission mangels Interesse ihrer Mitglieder sehr bald aufgelöst hatte. Daß auch diese Vollversammlung letztlich kein Beschlußorgan für PBS-interne Angelegenheiten war, sondern lediglich Mitspracherechte genoß, sollte sich Anfang 1974, an zwei Konfliktpunkten erweisen. Damals stand die Erhöhung des studentischen Beitrages für die PBS zur Entscheidung. Nur so konnte kurzfristig die personelle Besetzung der PBS erweitert werden. Die heftigen Diskussionen darüber zeigten die eigentlichen Machtstrukturen in der PBS: Obwohl eine

starke Gruppe von Patienten sich gegen die Erhöhung des studentischen Beitrags aussprach (stattdessen sollten die Landeszuschüsse erhöht werden), setzten sich die therapeutischen Mitarbeiter durch und vertraten in den entsprechenden Gremien ihre Forderung nach Erhöhung.

Ein zweiter Konflikt führte den Patienten ebenfalls ihre Ohnmacht in Entscheidungssituationen vor Augen: Der Leiter der PBS und ein weiterer Mitarbeiter verweigerten den Patienten jegliche Mitarbeit bei ihrem Vorhaben, ein Buch über die PBS-Praxis (mit dem bemerkenswerten Untertitel "Psychotherapie als kollektive Praxis") zu schreiben. Etliche der "altgedienten" eng-agierte Patienten verließen nach diesen Erfahrungen die PBS.

Die nächste Phase etwa bis 1978 war gekennzeichnet von der weiteren Etablierung der Institution und Professionalisierung der Arbeit.

In neuen, größeren Räumlichkeiten und mit neuer Ausstattung arbeiteten inzwischen fünf therapeutische Mitarbeiter. Die studentischen Selbsthilfeaktivitäten gingen zurück, auch weil eine neue "Generation" von Studenten die PBS aufsuchte, die die "kämpferische Phase" nicht miterlebt hatten (übrigens auch nicht mehr die Studentenbewegung) und zunächst lediglich an ihrer therapeutischen Beratung und nicht an der Institution als ganzer interessiert waren.

TEAMARBEIT UND KONFLIKTE

Mit den neuen Mitarbeitern war zum ersten Mal die Voraussetzung für die von der Studentischen Kommission geforderte Teamarbeit gegeben, die jedoch gleichzeitig neue Konfliktpunkte schaffte.

"Die Schwierigkeiten der Team-Mitglieder untereinander müssen vor den Patienten, d.h. institutionsöffentlich, ausgetragen werden(...). Es ist falsch zu glauben, man dürfe Patienten mit "so etwas" nicht belasten, müsse ihnen immer und überall Stärke und Eintracht demonstrieren, weil sie sonst zusätzlich in Ängste versetzt und unsicher gemacht würden".

Spazier/Bopp, S. 151

Sie beherrschten über eine geraume Zeit die Diskussionen in der PBS, die an vielen Punkten konstruktiv verliefen, an einem zentralen Punkt aber nicht zu einem Konsens unter den Mitarbeitern führte:

Nämlich gemeinsam an der Einlösung des ursprünglichen Ziels, an der Analyse der bestehenden krankmachenden Bedingungen und der Weiterentwicklung des eigenen therapeutischen Konzepts zu arbeiten. Ungelöst blieben so wichtige Fragen wie die Motivierung der Studenten, sich über die Einzel- und Gruppentherapie hinaus in der PBS zu engagieren, sich in beigeordneten Arbeitskreisen mit den Zusammenhängen zwischen ihren psychischen Leiden und ihren Lebensbedingungen zu beschäftigen. Die Vollversammlung fand nur noch außerordentlich selten statt. Übrig geblieben, und als Bestandteil und Legitimation des "PBS-Modells" vom Leiter für unantastbar erklärt, war lediglich der "Therapie-AK". Dieses Modell, ursprünglich von Studenten entwickelt, nahm der Leiter immer mehr als "sein Modell" in Anspruch.

Waren bis dahin die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Patienten zurückgeschraubt worden, so entbrannte in einer dritten Phase der Kampf um die Mitspracherechte der Mitarbeiter gegenüber dem Leiter. Dieser machte immer häufiger von seiner alleinigen Entscheidungskompetenz Gebrauch. Als Begründung dafür mußte allzu oft das Studentenwerk herhalten.

Eine zunehmende Hierarchisierung zeigte sich darin, daß die Sekretärinnen, die bis dahin an allen Teambesprechungen (auch über therapeutische Fragen) teilgenommen hatten, vom Leiter - entgegen einer Mehrheit im Team - nur noch in die organisatorische Besprechung miteinbezogen wurden, obwohl sie in ihrer Arbeit nach wie vor mit den Patienten selbst konfrontiert sind; der Sozialarbeiterin verbot er entgegen früherer Praxis, eigenständige therapeutische Aktivitäten, wie z.B. Aufnahmegespräche durchzuführen.

Waren früher fast alle Entscheidungen im Team diskutiert worden - wenn auch die alleinige Entscheidungskompetenz des Leiters nie in Frage stand - so verweigerte sich der Leiter auch diesem Meinungsaustausch mehr und mehr. Zu diesem Zeitpunkt war deutlich geworden, daß das ganze "Modell PBS" von der Person des Leiters abhing: Solange dieser offene Diskussion und demokratische Entscheidungsprozesse tolerierte, waren sie auch möglich. Indem er jedoch sukzessive den offenen Meinungsaustausch über die Inhalte und Strukturen der PBS einschränkte, brachte er sich selbst in Widerspruch zu dem in seinem Buch formulierten Anspruch, mit der PBS eine "Anti-Institution" zu realisieren.

"Dieser Charakter der Anti-Institution ist ein wesentliches Therapeutikum ..." S. 84. "Die Kontrolle, Eingrenzung und Sozialisierung der Macht (Hervorh.d.d. Autoren) ist ein wesentliches Konstruktionsprinzip der PBS".

Spazier/Bopp, S. 199

WIDERSPRUCH ZUM MODELL

Erster Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen Mitarbeitern und dem Leiter um die zunehmende Hierarchisierung war ein Vorfall anlässlich eines Informationsabends, an dem ein Mitarbeiter allgemein auf diesen Widerspruch zwischen im Buch formulierten "Modell" und der gegenwärtigen Praxis hinwies. Ihm wurde daraufhin ohne jegliches Gespräch vom Leiter ein Mißtrauensvotum ausgesprochen, der langjährig betreute Arbeitsbereich der Vertretung auf Fachtagungen entzogen und - was ein absolutes Novum in der Geschichte der PBS darstellte - die Geschäftsleitung des Studentenwerkes eingeschaltet. Eine langjährige Mitarbeiterin sah in dieser Situation nur noch die Möglichkeit zu kündigen und begründete diesen Schritt in einem 'Resumee' im "Therapie-Arbeitskreis": "War die Erkenntnis, daß die Patienten und die therapeutischen Mitarbeiter kein Mitbestimmungsrecht,

allenfalls Mitspracherecht haben, schon bitter genug, so ist die durch Dieter (der Leiter, d.V.) in letzter Zeit immer häufiger verfügte Verweigerung selbst eines Mitspracherechts für die Team-Mitglieder ein unerträglicher Zustand auf dem Hintergrund des emanzipatorischen Anspruchs an die PBS-Praxis". Als unerträglich bezeichnete sie weiter den "Widerspruch zwischen dem Verlangen nach Identifikation mit dem Modell PBS und der gleichzeitigen Verweigerung von Partizipation auch dort, wo sie trotz institutioneller Gegebenheiten möglich wäre". Als ob er die

"Die PBS steckte sich das Ziel, den Anspruch der Emanzipation in Institutionen und therapeutische Methodik umzusetzen (...). Deshalb ist es notwendig, die Diskrepanz zwischen dem Anspruch und seiner institutionellen Realisierung (Hervorh. d.d. Autoren) als konstitutives Problem der Arbeit in der PBS zu thematisieren (...)".

Spazier/Bopp, S. 71

Richtigkeit dieser Kritik untermauern wollte, reagierte der Leiter der PBS in einer Weise autoritär, die sämtlichen Ansprüchen seines Buches Hohn sprach: Nicht nur, daß er die Mitarbeiterin sofort vom Dienst suspendierte, ihr die Durchführung ihrer Therapien verbot, einen Antrag auf fristlose Kündigung bei der Geschäftsleitung des Studentenwerkes stellte und im Falle eines Stattgebens mit Hausverbot drohte, er schaffte gleichzeitig sämtliche Diskussionsformen in der PBS (Therapie-AK, 'Teestube', Teamsitzung) ab. Dies konnte nur als Versuch verstanden werden, eine PBS-interne Diskussion über die Vorfälle zu unterdrücken - alles natürlich in der Absicht, "sein Modell" zu retten!

SÜNDENBUCH MUR HER

Da der Konflikt um das Resumee in Gesprächen zwischen der Geschäftsleitung und der Mitarbeiterin beigelegt werden konnte und man sich in "gegenseitigem Einvernehmen" auf die Lösung des Arbeitsverhältnisses einigte, mußte ein anderer

Sündenbock her. Es traf einen weiteren langjährigen Mitarbeiter, dem der Leiter im Zusammenhang mit seinem solidarischen Einsatz für oben genannte Kollegin "Aufwiegelung" und "Rädelsführerschaft" vorwarf und ihm die Selbstkündigung nahelegte. Als der Mitarbeiter dies ablehnte, wurde er vom Leiter in eine inzwischen von diesem selbst als "Falle" bezeichnete Situation gebracht, die als Vorwand für eine außerordentliche Kündigung herhalten mußte. Dies erwies sich vor dem Arbeitsgericht in dem von dem Betroffenen angestregten Kündigungsschutzprozeß als völlig unbegründet, ebenso wie eine nachgeschobene ordentliche Kündigung.

In absolutistisch selbstherrlicher Weise ging der Leiter, Dr. Spazier, mit willkürlichen Sanktionen und Dienstverweisen gegen vier weitere Mitarbeiterinnen vor, die sich mit ihrem Kollegen solidarisierten. Die gegen die Dienstverweise angestregten Arbeitsgerichtsprozesse bescherten dem Studentenwerk drei weitere Niederlagen: Sie mußten aus den Personalakten entfernt werden.

Sprach Spazier zu Beginn der Auseinandersetzungen noch von einer "Denkpause", die er benötigte, um danach die Diskussion in der PBS wieder aufzunehmen, so ist davon inzwischen keine Rede mehr - im Gegenteil. Vor dem wiederaufgenommenen Therapie-AK - nachdem die beiden langjährigen Mitarbeiter ausgeschieden sind - erteilte er sowohl den Mitarbeitern als auch den Patienten ein Verbot, ihre Meinung zu den Auseinandersetzungen im Arbeitskreis zu äußern, obwohl gerade auch die Patienten durch den langschwelenden Konflikt stark verunsichert sind. Er selbst gab dort in einem "Kommunique" seine Version zum besten.

"Wahrscheinlich haben die Therapeuten Angst vor der Mitbestimmung der Patienten, weil dadurch ihre eigene Machtposition gemindert (...) würde".

Spazier/Bopp, S. 81

Kritische Patientenfragen wurden schlicht abgewürgt, die Patienten sollten vielmehr, als sei nichts passiert, offen und frei über ihre Therapien und Therapeuten plaudern.

Aber wie schrieben Spazier/Bopp 1974: "Wo eine psychotherapeutische Beratungsstelle nicht für alle durchschaubar gemacht wrd, ist damit zu rechnen, daß sie die Patienten in jener Angst und Ratlosigkeit fixiert, deren Auflösung gerade die Absicht der Therapie ist." (S. 78) Die Vermutung liegt nahe, daß Spazier und die beiden verbleibenden männlichen Mitarbeiter alles tun, um den Schein eines progressiven Modells zu wahren, um damit in ihren Publikationen wissenschaftliche Lorbeeren zu ernten.

So bleibt als Fazit, daß in einer psychotherapeutischen Einrichtung ohne entschiedenes Engagement der betroffenen Studenten und ohne entsprechende basisdemokratische Bewegung an der Universität, noch dazu auf traditionelle hierarchische Strukturen gebaut, der emanzipatorische Anspruch zur hohlen Phrase verkommt und sie selbst zu dem wird, was sie bekämpfen wollte: Eine autoritäre Institution.

Gertrud Gassert



Gewerkschaft
Öffentliche
Dienste
Transport und
Verkehr Münster

Deutscher Gewerkschaftsbund
Kreis Münster-Warendorf

Gewerkschaft
Erziehung und
Wissenschaft Münster

An die
Rektorate der Hochschulen
in Münster
und den
Wissenschaftsminister
in Düsseldorf

Münster, den 9.6.1980

Offener Brief

Betr.: Zentrale Studienberatung - Auslaufen des Modellversuchs = Stellen-
kürzungen = Zerschlagen eines differenzierten Beratungsangebotes =
Zusammenstreichen der psychosozialen Versorgung in Münster

INTERESSE DES DGB AN DER ZENTRALEN STUDIENBERATUNG (ZSB)

Der DGB hat in seinen Stellungnahmen zur Hochschulpolitik stets hervorgehoben, welche Bedeutung den Hochschulen für eine demokratische Entwicklung der Gesellschaft und als Stätte der beruflichen Ausbildung für über 20 % eines Jahrgangs zukommt. Er hat sich konsequent für eine Politik der Öffnung und Durchlässigkeit der Hochschulen und für eine arbeitnehmerorientierte Forschung und Lehre ausgesprochen.

Vor diesem Hintergrund hat der DGB seine Leitsätze zur Studienreform formuliert. Ausgehend von dem Recht eines jeden Studenten auf Studienberatung heißt es dort u.a.:

"Die Studienberatung ist als ständige Aufgabe in das Studium zu integrieren. Sie darf sich nicht auf den Studienaufbau beschränken, sondern muß auch Fragen der praktischen Phase, kooperativer Arbeitsformen und des Studienverhaltens einbeziehen. Unentbehrlich sind ärztlich-psychologische Beratungsstellen für Hilfe und Betreuung in Fällen von Lern-, Arbeits- und Kontaktstörungen."

Wenn nun die Zentrale Studienberatungsstelle in Münster mit Auslaufen des Modellversuchs entgegen allen Erwartungen nicht ausgebaut, sondern einge-

...

schränkt werden soll, so sind damit zum einen zentrale DGB-Positionen zur Studienreform und zum anderen nicht minder zentrale Interessen des DGB an der Sicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen berührt.

FAKTEN ZUR ARBEIT DER ZENTRALEN STUDIENBERATUNG

Die Mitarbeiter der Zentralen Studienberatung in Münster haben in fünfjähriger Arbeit ein differenziertes Beratungssystem für Abiturienten, Studienbewerber und für Studenten der WWU (einschließl. der ehem. PH) und der FH aufgebaut - allerdings als Modellversuch, der Ende 1980 ausläuft.

In die Beratungsstelle kommen Schüler der Abgangsklassen und Berufstätige, die sich über ihr zukünftiges Studium ausführlich informieren wollen, kommen Fachwechsler und potentielle Studienabbrecher, die ihre Entscheidung durchdiskutieren und überprüfen möchten, kommen Studenten, die in Prüfungen durchgefallen sind, Langzeitstudenten, die doch noch nicht aufgeben wollen, Studenten, die verzweifelt sind, weil sie keinen Anschluß finden, weil sie keine Zukunftsperspektive haben - im Jahre 1979 erfolgten knapp 11.000 Beratungen.

Durch Information, Beratung und Therapie versuchen die Mitarbeiter der ZSB mit den Betroffenen Lösungswege zu erarbeiten. Außerdem beantworten sie tausende von schriftlichen und telefonischen Fragen und betreuen in jedem Semester zusammen mit interessierten Fachbereichen und Fachschaften Hunderte von Erstsemestern. Darüber hinaus tragen sie umfangreiches Beratungsmaterial zusammen, das sie u. a. in Form von Broschüren - z. B. zur "Kleingruppenarbeit" und "Prüfungsvorbereitung" - allen interessierten Lehrenden und Studierenden zur Verfügung stellen. Ferner versuchen sie prophylaktisch tätig zu werden, indem sie mit Dekanen, Fachstudienberatern, Fachschaften usw. Gespräche über Studien- und Prüfungsbedingungen führen.

Die Zahl der Ratsuchenden und die Aktivitäten der ZSB beweisen: Die ZSB ist zu einem festen Begriff und zu einem wichtigen Bestandteil der Infrastruktur der münsterischen Hochschulen geworden. Der Bedarf an Beratung ist jetzt schon sehr groß und steigt noch weiter an.

...

AUSLAUFEN DES MODELLVERSUCHS UND DIE FOLGEN

Ab 1981 soll und muß der Modellversuch "ZSB" in eine feste Einrichtung übergeführt werden. Das Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes NRW sieht mit § 82 ausdrücklich eine zentrale Beratungsstelle vor, die für die allgemeine und psychologische Beratung zuständig ist. Aufgrund festgelegter Relationen Berater : Studenten müßten in Münster bei 44.000 Studenten - Wissenschaftsministerium und Wissenschaftsminister haben dies mehrmals schriftlich und mündlich verkündet - mindestens 16 wissenschaftliche Mitarbeiter in der ZSB beschäftigt werden. Gegenwärtig sind es 11. Jedoch: In Münster sind keine Stellenerweiterungen, sondern Stellenkürzungen geplant.

Von den 11 wissenschaftlichen Mitarbeitern können - so die Ankündigung des Rektorats der WWU - nur 7 mit Sicherheit bleiben. Verringert werden soll vor allem die Zahl der psychotherapeutisch ausgebildeten Berater. Die Stellenkürzungen bedeuten also für die ZSB in Münster ein Defizit von 9 wissenschaftlichen Mitarbeitern. Vom Stellenabbau bedroht ist auch das nichtwissenschaftliche Personal.

Diese Stellenpolitik hat zur Folge: Weniger Mitarbeiter müssen mit der wachsenden Menge der Ratsuchenden "fertig" werden; die "Durchlaufgeschwindigkeit" der ZSB muß erhöht werden. Beratung wird zur Farce, da sie sich auf kurze, technologische Informationsvergabe beschränken muß. Vorbeugende Aktivitäten können nicht mehr durchgeführt werden: Gespräche z. B. mit Fachstudienberatern, gezielte Veranstaltungen in den Fächern und Rückmeldungen an interessierte Lehrende müssen eingeschränkt werden. Das in jahrelanger mühsamer Arbeit zusammengetragene Datenmaterial zum Studium in NRW und in den anderen Bundesländern kann nicht mehr voll ausgeschöpft und auf dem neuesten Stand gehalten werden.

Die Stellenkürzungen führen vor allem dazu, daß eine intensive psychologische Beratung auf der Strecke bleibt. Allenfalls können die 2 vorgesehenen Psychologen als Feuerwehr fungieren. Betroffene Studenten müssen getröstet werden, verwiesen werden an Einrichtungen, die monatelange Wartezeiten haben, die die spezifischen Probleme der Studenten und ihre Ursachen nicht kennen, die für Therapien Honorare fordern, die nur einige wenige Studenten bezahlen können. D.h. konkret: Desorientierung, Versagen und Krisen im Studium, Verzweiflung bis hin zum Suizid von Studenten werden nicht zu verhindern versucht.

DIE VERANTWORTLICHEN UND IHRE ARGUMENTE

Spätestens auf der Senatssitzung vom 12.5.80 wurde deutlich, daß bestimmte Hochschullehrer und die RCDS- und AUF-Studenten das Beratungskonzept der ZSB ablehnen und die Stellenkürzungen befürworten - dies angesichts der Massenuniversität Münster und ihren Problemen und der völlig ungenügenden Versorgung der Studenten im psychosozialen Bereich!

Die Argumente dieser Hochschullehrer und Studenten liegen auf der Ebene: Studenten, die im Studium nicht zurechtkommen, gehören nicht in die Hochschule; was gehen die Hochschule die persönlichen Sorgen der Studenten an; was hat die Hochschule mit der psychosozialen Versorgung der Studenten zu tun.

Offenbart sich in diesen Argumenten das Fehlen jeglichen sozialen Engagements für die Belange der Mehrheit der Studenten, so kommt in anderen fehlende Sachkenntnis und Machtstreben zum Ausdruck. So z. B. dann, wenn mit der Behauptung, die Zentrale Beratungsstelle konkurriere mit der Fachstudienberatung, versucht wird, Stellenpolitik in den Fächern zugunsten der eigenen Interessen zu betreiben. Wahr ist, daß die meisten Fachbereiche, Fächer, Fachstudienberater und Fachschaften mit der ZSB gut zusammenarbeiten und den Wert einer - die Fachstudienberatung ergänzenden - zentralen Beratungsstelle zu schätzen wissen und ihren Ausbau für dringend erforderlich halten, um die allgemeine Studienberatung und die psychosoziale Versorgung für die 44.000 Studenten in Münster sicherzustellen.

Verantwortlich zu machen für die Beschneidungen des Beratungskonzepts der ZSB und für die Stellenkürzungen ist nicht zuletzt das Rektorat der WWU. Es hat sich nicht rechtzeitig darum bemüht, genügend ZSB-Stellen im Haushalt der WWU abzusichern. Nun, da der Finanzminister der WWU Nullwachstum verordnet hat, nehmen sie die Stellenkürzungen in der ZSB als gegeben hin und scheuen den Konflikt sowohl gegenüber dem Finanz- und Wissenschaftsminister als auch gegenüber den wenigen Hochschullehrern und Studenten, die die ZSB schwach und wirkungslos halten wollen.

Im Wort ist auch der Wissenschaftsminister, der mehrmals im Land den Ausbau der Zentralen Studienberatungsstellen an den Hochschulen - und insbesondere den in Münster an der größten Landesuniversität - propagiert und zugesichert hat.

ES DARF NICHT HINGENOMMEN WERDEN, DASS

eine Handvoll Hochschullehrer und Studenten sich über die Bedürfnisse von Hunderten von Lehrenden und Tausenden von Studenten hinwegsetzt und sie erreicht, daß Studenten mit ihren persönlichen und sozialen Konflikten und mit ihren Studienproblemen alleine gelassen werden, die psychosoziale Versorgung der Studenten in Münster nicht gewährleistet wird.

Es darf nicht hingenommen werden, daß eine konfliktscheue Hochschulleitung den Interessen einiger weniger Vorschub leistet.

Es darf nicht hingenommen werden, daß ein im Wort stehender Wissenschaftsminister sich aus der Verantwortung zieht.

Es darf nicht hingenommen werden, daß mit der Zentralen Studienberatung dasselbe passiert wie vor Jahren mit dem Hochschuldidaktischen Zentrum (HDZ): Eine winzige Gruppe an der WWU hat die Einrichtung des HDZ verhindert - obwohl bindende Beschlüsse vorlagen und Stellen zur Verfügung standen.

WIR FORDERN DESHALB

- einen Senatsbeschluß, in dem das Beratungskonzept der ZSB abgesichert und der Ausbau der ZSB beschlossen werden;
- eine eindeutige Zusage des Rektorats der WWU, nach der alle 11 vorhandenen und eingearbeiteten wissenschaftlichen Mitarbeiter der ZSB 1981 im Haushalt der WWU geführt werden können;
- keine Reduzierung des nichtwissenschaftlichen Personals;
- ein Einlösen des Wortes des Wissenschaftsministers, nach dem die ZSB in Münster auf 16 Stellen hin ausgebaut werden kann.

gez. Josef Wildemann
Detlev Rosenbach
Bernd Hülsmann

28.11.80

Landesarbeitsgemeinschaft der Studien-
und Studentenberater in Nordrhein-West-
falen
c/o Dipl.-Psych. Günter Rietbrock
Studienbüro der Ruhr-Universität Bochum
Postfach 10 21 48
4630 Bochum

Ministerium für Wissenschaft
und Forschung des Landes NRW
Postfach 11 03

4000 Düsseldorf

nachrichtlich an:

- die Hochschulleitung der Westfälischen Wilhelms-Universität und der Fachhochschule Münster
- den Hauptpersonalrat NRW
- die Ausschüsse des Landtags von NRW
- die Fraktionsvertreter der im Landtag Nordrhein-Westfalens vertretenen Parteien

Betr.: Auslaufen des Modellversuchs "Zentrales Studienberatungssystem der Hochschulen in Münster"

Sehr geehrter Herr Minister Schwier,

die Beratungstätigkeit der Zentralen Studienberatung in Münster ist in ihrer jetzigen Konzeption in höchstem Maße gefährdet. Mit Auslaufen des 1976 eingerichteten Modellversuchs "Zentrales Studienberatungssystem der Hochschulen in Münster" zum 31.12.80 wird

- a) die Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter von jetzt 11 auf 7 reduziert, die Anzahl der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter von 3 1/2 auf 2 1/2 Mitarbeiterstellen,
- b) die Anzahl der psychotherapeutisch ausgebildeten Psychologen wird dabei überproportional gekürzt.

Dies hat zur Folge, daß das während der Modellversuchsphase erprobte und erfolgreiche Beratungskonzept und -angebot der ZSB einerseits erheblich reduziert und andererseits auch qualitativ verändert werden muß, beides, wie wir meinen, auf Kosten der ratsuchenden Studenten.

Da zu erwarten ist, daß der Andrang ratsuchender Studenten gleichbleibt bzw. eher noch größer wird, können sich für sie unzumutbare Wartezeiten bis hin zu Abweisungen ergeben; im Bereich der psychosozialen/psychotherapeutischen Beratung werden nur noch Kriseninterventionen möglich sein.

Die Stellenreduktion bringt als weitere, gravierende Folge einen weitgehenden Verzicht auf Beratungsprojekte mit prophylaktischem und z. T. flächendeckendem Ansatz (Studienvorbereitende Beratung, Studieneingangsberatung) mit sich mit entsprechenden Auswirkungen auf die an die ZSB herangetragene Beratungsnachfrage.

Wir fordern Sie, Herr Minster, auf, es nicht dazu kommen zu lassen, daß das Beratungskonzept des einzigen Modellversuchs Nordrhein-Westfalens nach der Institutionalisierung nicht adäquat weitergeführt werden kann, auch auf dem Hintergrund der von Ihrem Vorgänger, Herrn Professor Jochimsen, empfohlenen und zugesicherten Förderung der Studienberatung in NRW bzgl. des Personalausbaus und der Personalausstattung (vgl. "Studienberatung an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen", Düsseldorf, 2. 4. 1979).

Wir bitten Sie dringend, sich dafür einzusetzen,

- a) daß die ZSB in ihrer jetzigen Personalausstattung erhalten bleibt bzw. ausgebaut wird (nach den Richtzahlen des Wissenschaftsministeriums ist ein Ausbau der ZSB Münster auf 16 bis 17 Beraterstellen vorgesehen).
- b) daß das integrierte Beratungskonzept, das nur durch paritätische Personalbesetzung mit Studienberatern und psychotherapeutisch ausgebildeten Psychologen gewährleistet ist, in der institutionalisierten ZSB fortgeführt werden kann (vgl. hierzu § 82 des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes NRW).

Das Plenum der ARGE Studentenberater in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in seiner Sitzung vom 20. 9. 1980 in Darmstadt den Aussagen dieses Briefes einstimmig angeschlossen.

Auf dem Landestreffen NW am 28. 11. 1980 in Münster hat das Plenum der Studentenberater diesen Text diskutiert und einstimmig verabschiedet.

Letzte Meldung: Wie wir aus Münster erfahren, sind die Stellenstreichungen, wie vorgesehen, vorgenommen worden.

F O R T B I L D U N G

Fachtagung "Probleme der Studentenberatung"
vom 25. Februar 1981 bis 28. Februar 1981
in der Universität Bremen
in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der
Studentenberater in der Bundesrepublik Deutschland
und Berlin (West)

P R O G R A M M

Mittwoch, 25. Februar 1981

Anreise der Teilnehmer

19.30 Uhr Treffen der Tagungsteilnehmer in der
Gaststätte "Humboldt-Klausur", Humboldtstr. 136/
Ecke Fesenfeld (Tel.: 7 26 05).
Siehe auch Kennzeichnung "K" auf dem
Stadtplan im Hotelverzeichnis.

Donnerstag, 26. Februar 1981

9.30 Uhr Plenarsitzung
- Eröffnung der Tagung und organisatorische
Vorstellung der Arbeitsgruppen und Zu-
ordnung zu den Arbeitsgruppen
Der Planer am Donnerstagvormittag soll auch
der
- Berichterstattung der Sprecher und den
Berichten aus den Beratungsstellen,
- Wahl der Sprecher für das nächste Halbjahr,
- Bestimmung des nächsten Tagungsorts und
- weiteren organisatorischen Fragen dienen.

Ort: Gebäude Geisteswissenschaften 2 (GW 2)
der Universität, Raum 1820 (Kongressaal)

12.00 Uhr
bis

13.00 Uhr

Mittagspause

13.00 Uhr
bis

15.30 Uhr

Beginn der Arbeit in den Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe 1

Thema:

Moderation:

Studienberatung an Fachhochschulen
Udo Schloz, Zentrale Studienberatung der
Fachhochschule Darmstadt

Uwe Szelag, Studienberatung der Fachhoch-
schule für Wirtschaft, Berlin

Ruth Storchmann, Zentrale Studienberatung
der Universität Dortmund

Arbeitsgruppe 2

Thema:

Moderation:

Strukturelle bedingte Konflikte innerhalb
von Beratungsstellen

Christian Reitzner, Gerhard Schweizer
Zentrale Studienberatung der Universität
Tübingen

Arbeitsgruppe 3

Thema:

Moderation:

Therapeutische Gruppenarbeit mit Studenten
Roswitha Lohmann, Psychologisch-Psychothe-
rapeutische Beratungsstelle des Studenten-
werks Berlin

Arbeitsgruppe 4

Thema:

Moderation:

Alternativen in Beratung und Therapie
Carmen Unhold, Wilhelm Naber, Wolfgang
Neumann, Zentrale Studienberatung der
Universität Bielefeld

Arbeitsgruppe 5

Thema:

Moderation:

Schweigepflicht und Datenschutz in der
Studentenberatung
Günter Hudecek, Zentrale Studienberatung
der Technischen Universität München

Arbeitsgruppe 6

Thema:

Moderation:

Mitarbeit von Studenten in der Beratung
Jens Brömer, Studienberatung der
Gesamthochschule Kassel

Arbeitsgruppe 7

Thema:

Moderation:

Kooperation von Studienberatung und Berufs-
beratung

Heinz-Jürgen Beyer, Büro für Studienberatung
der Universität des Saarlandes
Stefan Prange, Büro für Studienberatung der
Universität Gießen

Arbeitsgruppe 8

Thema:

Moderation:

Sozialberatung in Beratungsstellen
Konrad Fleckenstein, Allgemeine Sozialbe-
ratungsstelle des Studentenwerks Berlin

19.00 Uhr

Zusammenkunft im ehemaligen Uni-Café
mit Abendessen

Freitag, 27. Februar 1981

9.30 Uhr

bis

12.00 Uhr

Weiterarbeit in den Arbeitsgruppen

12.00 Uhr

bis

13.00 Uhr

Mittagspause

13.00 Uhr

bis

15.30 Uhr

Weiterarbeit in den Arbeitsgruppen

Sonnabend, 28. Februar 1981

9.30 Uhr

bis

12.00 Uhr

Plenarsitzung mit Berichten aus den
Arbeitsgruppen und Diskussion der
weiteren Arbeit

Das Abschlußplenum am Samstag soll der
weiteren Strukturdiskussion und insbes.
dem Problem der Projektbereiche und den
Themen der nächsten Tagung gewidmet sein.

Wie Ihr dem Programmvorschlag entnehmen
könnt, schlagen wir eine relativ kurze
Mittagspause vor (Bremen ist ohnehin
Campusuniversität), um durch einen
früheren Schluß die Abende für eigene
Aktivitäten besser nutzen zu können.

Tagungsbüro

Universität Bremen, Gebäude Geisteswissenschaften 2 (GW 2),
Raum 1400, Telefon: (0421) 218-2979 während der Tagung.

Tagungsbeitrag

DM 15,-- pro Person

Die folgenden Thesen zur Fort- und Weiterbildung sind auf dem NW-Landestreffen am 28. 11. 1980 in Münster diskutiert und dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung zugeleitet worden, das zur Zeit Richtlinien für die Studienberatung erarbeitet.

Stellungnahme zur Fort- und Weiterbildung

Die Arbeitsgemeinschaft der ZSB's in Nordrhein-Westfalen hält die bisherige Organisation und Finanzierung der Fortbildung der Mitarbeiter in den ZSB's für unzureichend.

Folgende Gesichtspunkte sollten bei einer Regelung der Fortbildungsmaßnahmen berücksichtigt werden:

1. Die Notwendigkeit von kontinuierlicher Fortbildung für alle Berater muß anerkannt werden.
2. Wegen der Komplexität der Beratungstätigkeit muß die Fortbildung sowohl die fachliche/informatorische Seite als auch die personale Seite der Beratung abdecken. Dabei kann nicht davon ausgegangen werden, daß es - bei diesen sehr unterschiedlichen Fortbildungsbereichen - die Fortbildung "aus einer Hand" geben kann, weil die Kompetenzen der Berater in unterschiedlichen Bereichen fehlen bzw. vorhanden sind und deshalb der Berater sein persönliches Fortbildungsprogramm selbst herstellen muß.
3. Die Fortbildung muß im Etat der Beratungsstelle/der Hochschule finanziell abgesichert sein.
4. Pro Berater sollten im Jahr mindestens 2 Wochen für Fortbildung vorgesehen werden (unter Erstattung sämtlicher Kosten).
5. Fortbildung kann/muß sich beziehen auf:
 - Beratungsverfahren
 - Gruppenmethoden
 - psychotherap./psychosoziale Fortbildung
 - sozialwissenschaftliche Ergänzungsstudien
 - Informationsverarbeitung
 - Supervision
6. Es muß auch selbstorganisierte Fortbildung (kollegiale Weiterbildung) der in der Studentenberatung Tätigen möglich sein.

STUDIENBERATUNG - literarisch !

GERHARD BUNGERT

FAUSCHD.

GOETHES URFAUST AUF SAARLÄNDISCH

DILLINGEN: QUEISSER VERLAGSGESELLSCHAFT 1980

(Auszug)

2. SZENE

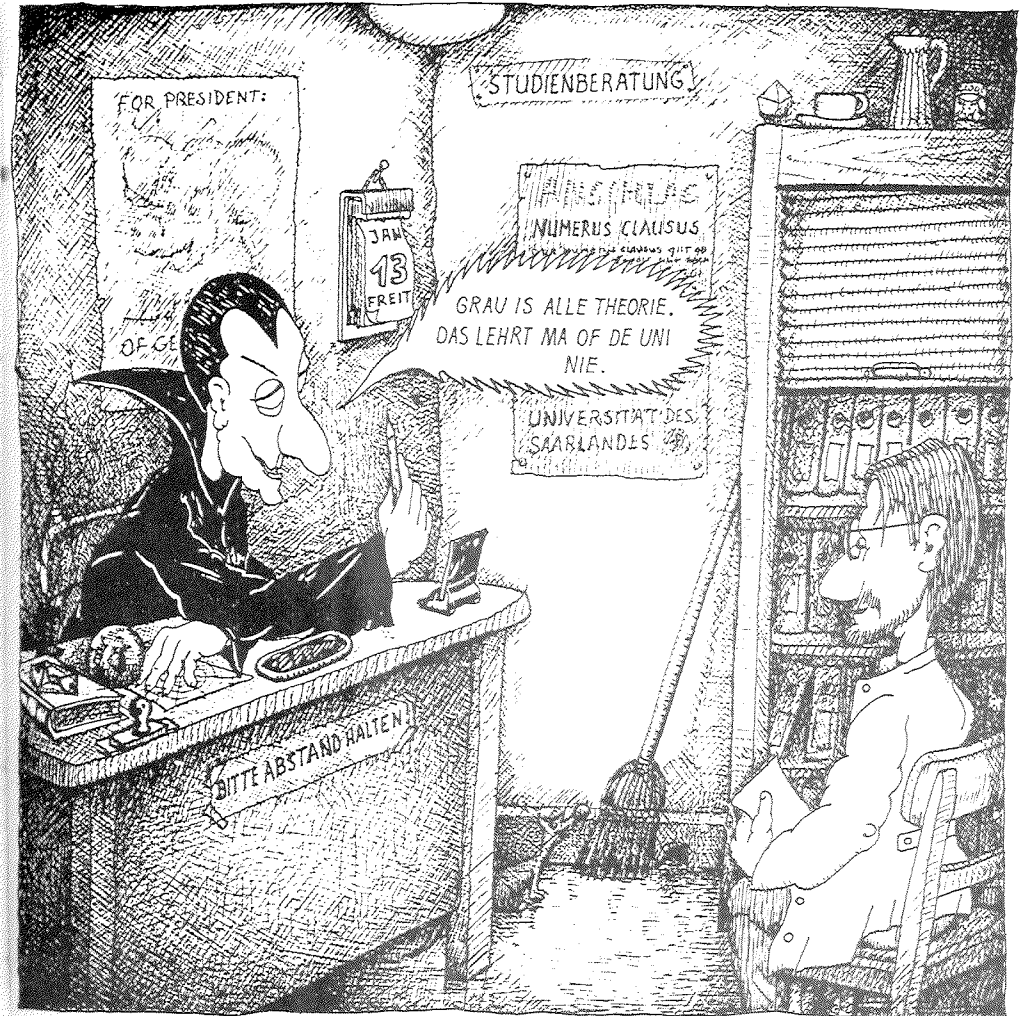
Mephisto und Student im Zimmer der Studienberatung, durch einen Schreibtisch voneinander getrennt.

Student: Ich bin erschd kurze Zeit im Land
unn denke mir, daß Ihr Verstand
mir beim studiere helfe kennt.
Ich hann das ähnfach so gemennt.

Mephisto: Ganz langsam Bub, unn nur net hetze.
Do driwwer muß ma ruhisch schwätze.

Student: Wenn ma in so'ner fremde Stadt
noch net emol Beziehunge hat,
sich nur noch in de Mensa latzt,
dann is ma werklich schnell verrätzt.

Mephisto: Mensch, do brauche Sie e Zimmer,
am beschde irgendwo privat.
Stundenteheime sinn noch schlimmer,
Ich glaab, ich hann do was parat.



- Student: Zur Zeit, do wohn ich in rer Kneip,
Hotel, das wär zuviel gesahd.
Die Kneip, das is mei Zeitvertreib.
Ich hann noch net emol e Bad.
In de Mensa gebbds nur Brei.
Awwer die Fraue - einwandfrei.
- Mephisto: Was sahn Sie do: e Zeitvertreib,
den hätte sie nur in de Kneip!?
Wer jede Omend dort verkehrt,
der is kenn roter Heller wert.
Unn graad de allerscheenschde Fraue,
denne kann ma doch net traue.
Kneipe sinn noch viel, viel schlimmer
als so e möbiliertes Zimmer...
Ich glaab, do löst sich ebbes mache.
Frau Spritzbier - unner uns: e Drache,
die mißt doch noch e Zimmer hann.
Ich rufe se nochher schnell mol ahn.
Das Problem wär aus de Welt.
Doch ehrlich: Wie stehts dann mi'm Geld?
- Student: Ich hann jo e Stipendium
unn domit komm ich ganz gut rum.
- Mephisto: Ich hann do noch e anner Sach:
Was hann Sie dann fier Studienfach?
- Student: Ich studier zwar Medizin,
doch will ich noch was ann'res siehn,
will net in Homburg mich verpisse,
ich will - wenn meeschlich - alles wisse.
- Mephisto: Was Sie do sahn, das is vulgär,
es ist net fein, zu ordinär.
Sie wolle sich doch net biamiere!
Sie wolle doch bei uns studiere!
- Student: Entschuldigung, s'war bißje hart.
Ich hann's halt graad so rausgesahd.
- Mephisto: Wer nicht die deutsche Sprache kennt,
der wird kein richtiger Student.
Hochdeitsch misse Se do schwätze,
was die Leit so an uns schätze.
Saarländisch, das is net fein,
das klingt net gut, viel zu gemein.
Am beschde studiere Se Philosophie
unn dann noch e bißje Biochemie
unn Jura unn Metaphysik.
Ich hoff, Sie kriehn das Fach net dick.
Zur Medizin, do sahn ich nur:
De beschde Arzt is die Natur.
Grau is alle Theorie.
Nur die Praxis, die is bunt.
Das lehrt ma of de Uni nie.
Do kommt ma ganz leicht of de Hund.

VERMISCHTES

Stellenanzeigen

Für das St u d i e n b ü r o - Allgemeine und psycho-
therapeutische Beratungsstelle der RUB - wird zum

15. 4. 1981 eine Diplom-Psychologin (Psychologe)
- ganztags - für den Arbeitsbereich psycho-
soziale Beratung

gesucht.

Das vorwiegend aus Psychologen bestehende Team des Studien-
büros führt Studienberatungen von der eng studienbezogenen
Beratung bis hin zur psycho-sozialen Beratung und Institutions-
beratung durch.

Die Bewerberin (Bewerber) sollte über eine qualifizierte
Therapieausbildung sowie über Erfahrungen im Umgang mit
therapeutischen Gruppen verfügen.
Berufserfahrung und Fähigkeit zur Kooperation in einem
größeren Team wird erwünscht.

Bewerbungen sollten an das
Studienbüro der Ruhr-Universität Bochum, Postfach 102148,
4630 Bochum 1, gerichtet werden.

- - - - -

An der Freien Universität Berlin ist in der Zentraleinrich-
tung Studienberatung und Psychologische Beratung demnächst
eine Stelle

wissenschaftlich/r Mitarbeiter/in

für Daueraufgaben nach § 144 Abs. 2 BerlHG (BAT II a/ I b)
unbefristet zu besetzen.

Aufgabengebiet:

Wissenschaftliche Mitarbeit in der Studienberatung der Zentral-
eindeichung, insbesondere Beratung über Studienangelegenheiten;
Entwicklung und Durchführung verschiedener Beratungsmodelle.

Anforderungen:

1. Abgeschlossenes Hochschulstudium
2. Mindestens dreijährige wissenschaftliche
oder fachlich-praktische Tätigkeit in einem
hauptberuflichen Dienstverhältnis
3. Promotion (Ausnahmen sind in begründeten
Fällen möglich).

Erwünscht sind:

Umfassende Kenntnisse auf dem Gebiet des Bildungswesens, des Zulassungs- und Hochschulrechts sowie auf dem Gebiet der Studienberatung. Kenntnisse und Erfahrungen in Fragen qualitativer und quantitativer Evaluation wären von Vorteil.

Bewerbungen sind zu richten an:

Freie Universität Berlin - Zentraleinrichtung Studienberatung und Psychologische Beratung, Ihnestr. 35, 1000 Berlin 33, z. Hd. Ute Strehl.

- - - - -

Dieser Ausschreibungstext wurde am 21. 1. 1981 vom Direktorium der ZE genehmigt.

Die Zustimmung der Personalstelle und des Personalrats stehen noch aus.

Um eine Veröffentlichung in diesem Info zu ermöglichen, erfolgt diese Art der Vorabausschreibung, als ohne Gewähr!

T E R M I N E :

- - - - -

3. Workshoptagung der DGVT

vom 5. 3. - 7. 3. 1981 in Münster / Westf.

Themenbereiche sind unter anderem

- Krisenintervention
- Therapeutische Arbeit in Wohngruppen
- Vorstellung von gemeinde-psychologischen Präventionsmodellen

Anmeldung und Information:

DGVT-Geschäftsstelle, Friedrichstr. 5 / Postfach 1343, 7400 Tübingen; Telefon: 0 70 71 / 3 26 97.

A U F G E L E S E N :

- K. H. Millgramm Die erste juristische Staatsprüfung (I)
Jura 10/1980, S. 521 - 531 und
(II) - Jura 11/1980, S. 561 - 567
- G. Lüke Ratschläge für die mündliche Prüfung im
Referendarexamen, Juristische Schulung,
10/1980, S. 735 - 738
- H. J. Beyer Prüfungsordnungschaos - Lehrerausbildung
im Saarland, betrifft: Erziehung, 12/
1980, S. 16 - 17
- H. J. Beyer O alte Burschenherrlichkeit - Werbung
im ZVS-Info - betrifft: Erziehung, 11/
1980, S. 15 - 17
- G. Ludwig Psychische Störungen bei Studenten und
deren Behandlung durch Studentenbera-
tungsstellen. Projektleitung: Prof.
Dr. U. Baumann, Institut für Psychologie
der Universität Kiel, Olshausen Str. 40 -
60, 2300 Kiel
- Der Minister für Handbuch - Hochschulen in Nordrhein-
Wissenschaft und Westfalen. Pressereferat des WiMi NW,
Forschung des Völklinger Str. 49, 4000 Düsseldorf 1
Landes NW

JEDER HAT SEINE CHANCE . . .

... bei der ZVS-Tombola. Wie sich die Zulassungssituation ent-
spannt hat, enthüllt die jüngste ZVS-Statistik zum Vergabever-
fahren des Wintersemesters 1980/81 (Hauptverfahren). Noch be-
kommt zwar nicht jeder einen Studienplatz, aber immerhin jeder
mit dem schlechtestmöglichen Abiturnotendurchschnitt, zumindest
im begehrten Studiengang Tiermedizin.

Unter die ZVS-Bewerber im Studiengang Tiermedizin wagte sich
nur ein einziger Tollkühner mit der "Traum"durchschnittsnote
4,2 - und er hatte Erfolg (sei es nun als sogenannter Altwarter
oder sei es im leistungsgesteuerten Losverfahren), in der ZVS-
Statistik: "100 Prozent"! (Bei der Humanmedizin kamen immerhin
noch 50 Prozent der 4,2-Bewerber unter.)

Ist nun alles gar nicht mehr so schlimm, oder werden unsere
Ärzte in den nächsten Jahren zunehmend dümmere? Weit gefehlt!
Unter sämtlichen Medizinbewerbern befanden sich immerhin 412
Abiturienten mit der echten Traumnote 1,0 - und von diesen
Spitzenkandidaten verfehlten immerhin noch 2 die Zulassung
(warum? - vielleicht weil sie sich für einen falschen oder un-
günstigen oder überhaupt nur e i n e n Hochschulort ent-
schieden hatten). Wie man sieht: Jeder hat die Chance, "seinen"
Studienplatz zu verpassen . . .

Bemerkenswert am neuen ZVS-Verfahren ist, daß von den knapp
1.200 ZVS-Getesteten es immerhin 8 Bewerbern gelang, sich mit
einem Abiturnotendurchschnitt über 3 (3,0 - 4,2) unter das
kleine Häuflein der 120 Testbesten zu liften und trotz (oder
wegen?) verbummelter Schulleistungen einen Medizinstudienplatz
zu ergattern. Und so fragt man sich dann, ob die Büffelei in
der Schule sich noch lohnt, wenn man in diesem Jahr als Saar-
länder schon einen Notendurchschnitt von mindestens 1,1 haben
mußte, um mit Sicherheit einen Studienplatz für Zahnmedizin er-
halten zu können (im Rahmen der "Abiturbesten-Quote") . . .
Fächer, für die es sich noch "lohnt", einen guten Abiturdurch-
schnitt (besser als 2,0) zu erzielen, sind derzeit eigentlich
nur Pharmazie (über ZVS) sowie Übersetzen/Dolmetschen, Informa-
tik und Biologie (an der Universität des Saarlandes).

Heinz-Jürgen Beyer

Auszug aus der "Saarbrücker Zeitung", Nr. 227, vom 1. 10. 1980

Info - Studentenberatung

Länderredaktionen:

Baden-Württemberg

Christian Reitzner
c/o Zentrale Studienberatung
Universität Tübingen
Wilhelmstr. 11/II, 7400 Tübingen

Telefon: (07071) 294204

Bayern

Günter Hudecek
c/o Zentrale Studienberatung
Technische Universität München
Arcisstr. 19, 8000 München 2

Telefon: (089) 2105-2737

Berlin

Ilona Rodowski
c/o Zentrale Studienberatung
Hochschule der Künste
Postfach 126720, 1000 Berlin 12

Telefon: (030) 310331
App. 225

Bremen

Gerhard Zacharias
c/o Zentrales Büro für Studienberatung
der Hochschulen der Freien Hansestadt
Bremen, Postfach 330 440, 2800 Bremen 33

Telefon: (0421) 218-3211
218-2757

Hamburg

Timm Kunstreich
c/o Allg. Studienberatung
Fachhochschule Hamburg
Winterhuder Weg 29, 2000 Hamburg 76

Telefon: (040) 29188-3049
-3050
-3051

Hessen

Peter Hauswaldt
c/o Zentrale Studienberatung
der Universität Marburg
Biegenstr. 22, 3550 Marburg

Telefon: (06421) 67267

Dieter Styra
c/o Zentrale Studienberatung
Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt 1

Telefon: (0611) 7983630

Niedersachsen

Sigrun Krüger
c/o Zentrale Studienberatung
der TU Braunschweig
Fallersleber-Tor-Wall 10, 3300 Braunschweig

Telefon: (0531) 3913246-248

Nordrhein-Westfalen

Barbara Röttger
c/o Zentrale Studienberatung
der Universität Essen, Gesamthochschule
Universitätsstr. 2, 4300 Essen 1

Telefon: (0201) 1812009

Rheinland-Pfalz

Irene Latschar
c/o Zentrale Studienberatung
der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz
Postfach 1864, 6500 Mainz

Telefon: (06131) 18114

Saarland

Heinz-Jürgen Beyer
c/o Zentrale Studienberatung
Uni des Saarlandes
Im Stadtwald, 6600 Saarbrücken

Telefon: (0681) 6022694